

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandten Berufsgenossen.
Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanting in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeb., bei Auslieferung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen kostet die dreieckige Beilage oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2565.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße Nr. 44, erste Etage.

Inhalt: Die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. — Parlamentarisches. — Gewerkschaftliche Gelegenheiten. Alter Umgang in neuer Auslage. Fünfzehn Jahre Gewerkschaftsbewegung der Maurer Hamburgs. Der Kongress der Maurerarbeiter Deutschlands. Eine Koalition der Unternehmer Hamburgs zur Bekämpfung der Arbeiterschwäche. Agitationsbericht. — Situationsberichte. — Eingesandt. — Briefstafte.

An die Maurer Deutschlands!

Weile Kollegen!

Seit Wochen befinden sich, wie aus den in diesem Blatte enthaltenen Situationsberichten ersichtlich, die Kollegen in einer Reihe von Städten im Lohnkampf.

Von einem Entgegenkommen der Unternehmer ist nirgends die Rede. Im Gegenteil — alles Mögliche wird aufgeboten, um die betreffenden Vereinigungen der Kollegen zu vernichten. In den beiden Orten, in welchen der Lohnkampf am heftigsten tobts, in Stendal und Trier, ist es in ersterem Orte hauptsächlich der Maurermeister Möllendorf im Bunde mit der Polizei, während in letzterem Orte die Seelensöhnen, Bischöfe u. c. es sind, die mit der Junge zusammen die Keulenschläge auf die Organisation der Gesellen ertheilen.

Ungeachtet dessen stehen die Kollegen fest, weil ihnen die Solidarität der Maurer Deutschlands mehr wert ist, als alle Neden und Zeitungsartikel dieser Herren, die in Enthasung von allen Genüssen und politischen Freiheiten gipfeln.

Kollegen allerorts! Das Vorhaben der Junge, die Fachvereine zu zerstreuen, darf nicht zur Thatache werden; nicht die kleinste Vereinigung unserer Kollegen, welche in dieser sozialreformatorischen Zeit mehr bedeutet, als der ganze Jungestrummel in Deutschland, darf diesen Helden zum Opfer fallen.

Haltet den Zugang fern! so tönt es aus allen Arbeiterblättern und Denkschriften, welcher solcher Blätter sich mit Vorliebe bedient, wird ganz gewiss solchen Auf beherzigten und nicht dort die Arbeit aufnehmen, wo seine Leidensbrüder um Verbesserung ihrer Lage resp. Anerkennung ihrer Vereinigung kämpfen. Anders sieht es aus mit jenen, die nur an den Errungenheiten der Arbeiter Theil nehmen, sich aber um nichts, was dazu dienlich und nothwendig ist, bemühten.

In Stendal hat trog vieler aufgewandter Mühe und Kosten seitens der Meister in der ersten Zeit (der Streit begann am 8. März) kein Zugang stattgefunden. In der vorigen Woche aber haben dort Maurer und Putzer aus Magdeburg in einer solchen Anzahl die Arbeit befreit, daß der Erfolg des Streits, wenn die Magdeburger Kollegen nicht in sich gegen, in Frage gestellt wird. Die Magdeburger Kollegen, hauptsächlich diejenigen, welche sich als Führer berufen fühlen, mögen doch ihren ganzen Einfluß geltend machen durch Erörterungen in den Versammlungen, um die kämpfenden Kollegen von diesem Drude zu befreien. Auch andere Orte mögen das Gleiche thun.

Hamburg, den 28. April 1890.

Mit Gruss

Die Geschäftsführung der Maurer Deutschlands.
M. Dammann.

Die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter,

das ist bekanntlich seit Jahren das Hauptziel der Unternehmervereinigungen aller Art, der Junge wie der Koalitionen der Großindustriellen. Nicht nur, daß sie ihre wirtschaftliche Überlegenheit

gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter in rücksichtsloser Weise geltend machen, nein, sie rufen auch die Gesetzgebung an, dieses Recht zu beseitigen, oder wenigstens seine Ausübung so zu erschweren, daß es illusorisch wird.

In denselben Maße, wie die von den Regierungen und herrschenden Parteien befürte „Sozialreform“ die Unternehmerkreise beeinflusst, wächst auch deren fanatische Feindschaft gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter; sie meinen, wo so viel geschiebe für die Arbeiter, und man ihren berechtigten Forderungen „so sehr entgegnetome“, da's hätten dieselben gar keinen Anspruch mehr auf jenes Recht. Insbesondere sind es die sogenannten „Arbeiterausschüsse“, welche die Unternehmer dafür geltend machen, daß nun endlich der „Mißbrauch“ des Koalitionsrechtes aufhören müsse.

Auch hier in Hamburg will man (wie wir in der Beilage zur heutigen Nummer unseres Blattes näher mittheilen) eine Unternehmerkoalition zur Bekämpfung der Arbeiterfachvereine gründen. In Halle a. S. haben am 21. April die Metallindustriellen, Halles, Leipzigs, Braunschweigs, Magdeburgs, Hannovers und Berlins sich zu einem Verbande vereinigt, um die Bekämpfung der Sozialbewegung. Ein Ausschuß von neun Unternehmern soll über die Ansprüche der Arbeiter befinden. (!!) Bei „unberechtigten“ Ausständen soll die Sperrre des betreffenden Arbeiter für alle Verbandsbetriebe erfolgen. (!!!) Mit anderen Worten: die Arbeiter sollen gegenseitig sich in Schlag halten und im Liebhaben sich all den Arbeitsbedingungen fügen, welche die Unternehmer für „berechtigt“ halten.

Das Unternehmerthum glaubt bei dieser Tatheit Regierung und Behörden auf seiner Seite zu haben. Dieser Glaube hat eine bedeutende Stärkung dadurch erfahren, daß kürzlich der „Reichsanzeiger“, das offizielle Regierungsorgan, einen — nebenbei bemerkt, von Irrthümern und falschen Schlüssen strotzenden — Aufsatz über „Sozialpolitik, Sozialreform und Sozialismus“ gebracht hat, in welchem unter Anderem gesagt wird: die Regelung der Lohnfrage und der Frage der Arbeitsdauer sei vornehmlich Sache der Unternehmer; von ihnen töme in beiden Richtungen „das Mögliche und Erforderliche“ geschehen.

Die Unternehmer glauben in diesem Aufsatz die Ansichten und Wünsche der Reichsregierung niedergelegt; insbesondere die mitgetheilte Vermerkung deuten sie als eine Aufforderung der Regierung, in bezeichneter Weise vorzugehen. „Die Regierung“, sagen sie — „will, daß wir die Arbeitsbedingungen nach Möglichkeit und Erforderniß festsetzen; damit aber wird angegedeutet, daß auf die Arbeiterkoalition und das Koalitionsrecht der Arbeiter keine Rücksicht zu nehmen ist.“

Sollte das wirklich die Absicht der Reichsregierung sein? Die nächste Zeit wird es lehren! Vor wenig Monaten freilich ließ sie durch Herrn von Voetticher gegenüber einer Interpellation des Abgeordneten Frohme erklären: sie denke nicht daran, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu beschränken oder gar zu nehmen. Wenn aber die Unternehmer gewissermaßen auf Grund einer förmlichen Sanktion der Regierung und unter ihrem Schutze Koalitionen der erwähnten Art bilden können, so kommt das einer Aufhebung oder einer ihr nahezu entsprechenden Bekämpfung des Koalitionsrechtes gleich — und dieses wird nur noch auf dem Papier bestehen.

Inzwischen nimmt auch die an den Reichstag gerichtete Propaganda der Unternehmer, betreffend die sogenannte „Reform“ des Koalitionsrechtes, ihren Fortgang. So ist die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ in der Lage, eine Petition mitzuteilen, welche in den industriellen Kreisen der Rheinprovinz (und, wie wir auf Grund zuverlässiger Informationen hinzufügen können, auch anderer Bezirke in Deutschland) als „vertraulich“ gelistet hat. Das Schriftstück bietet folgenden Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verhütung von Arbeiterausfällen:

§ 1. Bei denjenigen Gewerben oder Fabrikbetrieben, welche den Kohlenbergbau, die öffentliche Beleuchtung und Wasserversorgung oder den öffentlichen Verkehr zum Gegenstande haben, kann das Arbeitsverhältnis zwischen den Gesellen, Gehilfen oder Fabrikarbeitern und den Arbeitgebern in Erwaltung der Vereinbarung einer längeren Vertragsdauer nur durch eine jedem Theil freiwillige, zwei Monate vorher erklärte Aufklündigung gelöst werden. (Verjährungszeit!)

§ 2. Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Erverlehung oder durch Vertragsklärung oder durch andere Mittel, welche einen Willensdrang (verneinbarer Kaufakt) auszulösen geeignet sind, bestimmt, oder zu bestimmen versucht, an den im § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Verabredungen teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft, wenn nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt:

§ 3. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten werden bestraft:

1. Arbeitgeber, welche ihre Gesellen, Gehilfen oder Fabrikarbeiter böswillig und widerrechtlich entlassen (oder von der Arbeit zurückweisen (auszulegen zu Gunsten der Unternehmer);

2. Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter, welche die Arbeit böswillig und widerrechtlich verlassen oder verweigern (auszulegen zu Ungunsten der Arbeiter),

wenn die Arbeitgeber oder Arbeiter den im § 1 bezeichneten Betrieben angehören oder wenn durch die Entlassung der Arbeiter oder die Einstellung der Arbeit das öffentliche Wohl (!) gefährdet wird.

Mit der gleichen Strafe wird bestraft, wer Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zu den unter Nummer 1 und 2 gebildeten Handlungen durch Mittel der im § 2 bezeichneten Art oder durch Zuwendung oder durch Zusicherung von Vorleistungen (Stellsicherung?) bestimmt oder zu bestimmten versucht, insfern nach dem Strafgesetzbuch keine härtere Strafe eintritt.

Die Streitigkeiten über die aus solchen Entlassungen von Arbeitern oder Einstellungen von Arbeit entstehenden Entschädigungsansprüche gehören zur Zuständigkeit der Gewerkschaftsgerichte und soll für deren Verfolgung Gültigkeit zulassen.

§ 4. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Zeitpunkte seiner Verkündigung in Wirklichkeit. Für diesen Gesetzentwurf verlangen die Unternehmer die Zustimmung des Reichstages. Rechtliche Anträge aus Unternehmerkreisen werden wohl noch mehrere kommen.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird bekämpft mit jedem nur irgend erdenkbaren Mittel.

Auf die eine oder andere Weise hofft man, es zu Fall zu bringen. Zweifellos knüpfen die Unternehmer daran Folgerungen, welche Alles in Allem dahin gehen, daß es möglich sein werde, Vorwände zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung überhaupt zu gewinnen. Welcher Art diese Vorwände sein mühten, wollen wir heute nur andeuten, indem wir erklären: daß wir die Arbeiter Deutschlands für vernünftig und diszipliniert genug halten, sich durch Vernichtung oder Beschränkung ihres Koalitionskreises nicht provozieren zu lassen zu Putsch! Mit eiserner Energie und unbegrenztem Mut werden die Arbeiter Deutschlands für ihr gutes Recht einstehen, dabei aber keine Thorheiten begreifen, die Vorwände der in Rede stehenden Art bieten können. Die Arbeiterbewegung hat manch schwierige Situation überwunden, sie wird auch die überstehen, die sich jetzt unerträglich vorbereitet. Man täusche sich nicht: für das, was jetzt den Arbeitern als „Sozialreform“ geboten wird, soll die selbstständige Arbeiterbewegung und die selbstständige Arbeiterpartei als Opfer fallen. Und dieses Opfer soll eingeleitet werden durch Vernichtung der Koalitionsfreiheit!

Aber es wird anders kommen! Dieser Wunsch, der in Unternehmertümern schon öfter ausgesprochen worden ist, wird nicht in Erfüllung gehen; die Arbeiter Deutschlands werden den Beweis liefern, daß sie auf dem Boden des Rechts, geübt im Gebrauch siegreicher Geisteswaffen, unüberwindlich sind!

Parlamentarisches.

* Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird am Tage der Eröffnung derselben, am Montag den 5. Mai, in Berlin zusammenkommen, um sich zu konstituieren und danach sofort in die Beratung der amächst einzubringenden Anträge einzutreten. Diese Anträge betreffen: einen Arbeiterschutzegegentwurf, eine Ergänzung des Unfallverhinderungsgegeses, insbesondere des Art. 1, 2 und 3, sowie die Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel. — Es besteht die Absicht, den in der vorjährigen Petition der Geschäftsführung der Maurer Deutschlands, betreffend gesetzliche Sicherstellung des Koalitionskreises der Arbeiter, enthaltenen Antrag, welcher die Erwiderung bezüg. Änderung der §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung fordert, in den Arbeiterschutzegegentwurf aufzunehmen. Dieser Antrag lautet:

Dem § 152 der Reichsgewerbeordnung wird folgende Bestimmung zugesetzt:

„Bereine, welche sich zu dem vorgedachten Zwecke, wie überhaupt zur Wahrung und Förderung der mit dem Arbeitsverhältnis verknüpften wirtschaftlichen sozialen Interessen und der diesen Zwecken dienenden Unterstützung ihrer Mitglieder gesellt haben, sind den Landesgesetzen, betreffend das Vereins- und Verfammlungsrecht, nicht unterworfen. Dasselbe gilt für allgemeine und öffentliche, dieser Zwecken dienende Versammlungen.“

Bereine der in Rede stehenden Art können sich mit einander verbinden, Fragen der Gesetzgebung oder Verwaltung, welche sich auf die wirtschaftlichen oder gewerblichen Beziehungen der Unterstammten der betreffenden Vereinigungen, sei es auf ihre Beziehungen als Angehörige einer bestimmten gewerblichen Berufsgruppe, sei es als Angehörige einer Gesellschaftsklasse, sind nicht als politische Gegenstände im Sinne der bundesstaatlichen Vereins- und Verfammlungsgegeses anzusehen.“

Die dem Zwecke der Unterstützung arbeitsloser, auf der Stelle begrüssiger oder sonst hilfsbedürftiger Arbeiter dienenden Kästen sind den landesgesetzlichen Bischößen, betreffend die der staatlichen Genehmigung bedürftenden Verleihungsanträgen, nicht unterworfen.

Auf die Vornahme der Sammlung freiwilliger Beiträge zur Erreichung der gedachten Zwecke, insbesondere zur Durchführung von Arbeitseinfestungen, sind Verbote und Strafbestimmungen ebensoviel anwendbar, wie auf die Vereinigung selbst. Auch ist für solche Sammlungen eine behördliche Genehmigung nicht erforderlich.“

Der § 153 der Reichsgewerbeordnung erhält folgende Fassung:

„Wer Anderen durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Erbreitung, durch hinterlegte Rationen, Androhung von Geldstrafen und dergleichen oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen und Vereinigungen (§ 152) Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder Anderen durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern, bzw. bestimmt oder zu bestimmen versucht, vor solchen Verabredungen und Vereinigungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt. — Einer Verurteilung ist gleich zu achten, wenn Vorstände oder Mitglieder von Vereinigungen aller Art Anderen (genannte „schwarze“) ausgeben, um sich gegenwärtig zu verpflichten oder Anderen zu veranlassen, bestimmten Personen den Eintritt in die Arbeit zu verweigern oder deren Austritt aus der Arbeit zu veranlassen.“

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Die freie Vereinigung der Maurer Berlin hat an die städtischen Behörden ein Schreiben gerichtet, in welchem diese gebeten werden, zu beschließen und angrenzen: a) Die Ausführung bei städtischen Bauten wird

fernerhin mit Umgebung von Unternehmern und ohne Submission von Arbeitern oder Arbeitergruppen unmittelbar unter Leitung von städtischen Baubehörden ausgeführt. b) Die Bezahlung dieser Arbeiten erfolgt nach festen mit den Arbeiterkörperschaften vereinbarten Preisen. c) Es wird für die Ausführung der Arbeiten ein neuständiger Arbeitstag als Regel angenommen und innegehalten.

„Die Maurer bekommen nie genug“, das soll, wie die „Baugen.-Btg.“ behauptet, hier in Hamburg die Ansicht sein, welche die übrigen Handwerker über die Maurer haben. Unter den „übrigen Handwerkern“ sind selbstverständlich nur die Herren Innungsmeister zu verstehen. Uebrigens weiß das Meisterorgan zu meilen, daß „Infolge der Streitbeschwerde viele Bauten liegen bleiben oder für längere Zeit hin ausgeschoben werden“, sowie, daß am 1. Mai alle Arbeit ruhen soll.

„Einen Streitbeschluß gibt die Baugewerbe-Btg.“ ab; sie heißt ihren Lesern mit, daß in Erfurt vom 27. bis 30. Mai ein Maurerlongres zum Zwecke der Beratung über Durchführung von Streits stattfinden werde! Tendenziös unerhört wie immer den Arbeitern gegenüber. Selbstverständlich wird auf den Kongress auch die Streitfrage erörtert; aber das ist doch nicht der einzige oder nur Hauptzweck derselben, wie die „Baugewerbe-Btg.“ ganz genau weiß.

* Unternehmer-Koalition. Die in einer geradezu elenden Lage befindenden Arbeitnehmer der Biegel in Ratzenko haben von den Unternehmern, welche sich riesiger Profite erfreuen, eine Lohnverhöhung gefordert. Die Unternehmer wollen dieselbe nicht bewilligen und befürchten deshalb Streit; ihrer 27 haben also folgende Vereinbarung getroffen: „Sobald eine Arbeitseinstellung auf einer oder anderen Biegel oder auf mehreren derselben erfolgt, stellen sämtliche Biegelarbeiter den Betrieb ein und entlassen sofort sämtliche Arbeiter.“ Diese Tatfrage möge den Arbeitern eine Mahnung sein, den Unternehmern allein stark organisiert gegenüberzutreten.

* In Quedlinburg haben die bei dem Drechslermeister-Block beschäftigten Drechslergehilfen wegen Verweigerung der zehntägigen Arbeitszeit am 21. April die Arbeit eingestellt. Die Streikenden erlösen um Abhaltung des Zuganges, sowie um肯定的 Unterstützung. Letztere ist zu fordern an Dr. u. Löff., Schmale Straße 52. Sämtliche arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abrück gebeten.

Alter Antrag in neuer Fassung.

In Verfolg der in vorher Nummer unter Nr. mitgetheilten und kritisierten „Aufschrift aus Berlin“ wird das „Vereinblatt“ (Nr. 14) die Frage auf:

„Haben die Maurer eine Aussicht, auf einem in diesem Jahre stattfindenden Kongress zu einer Einigung zu gelangen oder nicht?“

Von der Beantwortung dieser Frage macht das Blatt die andere abhängig:

„Ist es angebracht, die sehr bedeutenden Kosten eines Kongresses den Maurerenschaften aufzuladen oder nicht?“

Nach einigen im Grunde genommen höchst überflüssigen Redensarten über den praktischen Werth und die moralische Wirkung des Kongress, gelangt der Artikel schreiber dazu, die große Weisheit auszuspielen, daß die Kongresse, nachdem ihre praktische Nothwendigkeit nachgewiesen ist und vorbereitet werden müssten. Jeder, der dahin geht, müsse wissen, warum er kommt, was verhandelt werden soll. Ganz das Gegenteil geschieht heute in der Regel. Die Einberufer des Kongresses bemühen sich, die Aufgaben, die der Kongress zu erfüllen scheint, möglichst zu verborgen, man schaut die öffentliche Versprechnung der Fragen und wünscht durch Überschreitung oder Kommandierung eine Mehrheit für diejenigen zu erzielen, von der man weiß, daß sie in offener ethischer Verhandlung nicht zu erreichen wäre. Dem entsprechend gefaßt sich die Verhandlung.“

In solcher Weise geht es noch etwa 40 Zeilen weiter in der unsicher erkennbaren Hoffnung, Stimmung zu machen gegen die Kongreßeinberufer und überhaupt gegen alle solche Kongresse, die den Vorauflösungen und Wünschen gewisser unlauterer Elemente, an deren Spitze der Vereinsblatt-Artillerist steht, nicht nachkommen. Letzterer geht, nachdem er so seine „Ansicht über Kongreß in Wille mein“ kund gegeben, auf die „Maurerkongresse“ besonders ein. Und da liegt er denn mit ihrer eigenen Unterwerfung in die Welt hinein, daß sie die Sache „häßlich so“ liege;

„Durch den im Jahre 1886 erfolgten Umzug der Beschlüsse des Dresden-Maurerlongresses, der kurz vorher getagt hatte, ist ein tiefgehender Zweipunkt geschlossen, der die Maurerstadt Deutschlands heute noch trennt. Die „Umfürstler“ hätten eine Recht auf Entlastung für ihre Übergriffe gehabt, wenn sie die Macht und die Fähigkeiten besessen hätten, um auf der neuen, wenn auch zu Unrecht geschaffenen Grundlage die Einigkeit wieder ebenso gut, oder vielleicht besser als früher herzustellen. Diese Macht und diese Fähigkeit haben sie nicht besessen und besitzen sie heute nicht.“

An Andern äußerlich erzielte Mehrheitsbeschlüsse irgend welcher Kongresse nichts. Man hat nicht die Macht, den vergewaltigten Theil zu zwingen, die Vergewaltigung anzuvertrauen, und man hat nicht die Klugheit und Fähigkeit gehabt, eine Verhöhung in Güte herbeizuführen.“

„Die letzten Maurerlongresse haben die Spaltung vertieft und verschärft, aber zum Ausgleich schon deshalb nichts beitragen können, weil die Keime zur Verhöhung, die gepflanzt zu haben das nicht hoch genug anzurechnende Verdienst der Berliner Maurer war, mit roher und frevelhafter Hand statt sie zu pflegen wieder ausgerissen werden. Die Zustände sind heute ganz dieselben, wie vor der Bremer Konferenz, auf welcher von Berliner Seite mit ganz ungewöhnlichem Entgegenkommen die Hand zur Verhöhung geboten wurde. Es hat alles nichts genützt.“

„Wird nun der diesjährige Kongress ein besseres Ergebnis haben? Dazu sind nur sehr geringe Hoffnungen vorhanden. Der Absatz einiger Orte nach dieser oder jener Seite bleibt keinen Ausdruck. Von unserer Seite wird nach dieser Richtung hin garnicht agitirt, da uns die etwa zu erzielende Kongressmeile in der Hauptfrage ganz gleichgültig ist. Grundäigliche Fragen werden nicht nach Mehrheiten entschieden. Hier ist eine Grundfrage die:

„Dictatur oder verfassungsmäßige Verwaltung mit Kontrolle, Prüfung und Aufsicht?“

„Wir verlangen eine wirksame Beaufführung und Kontrolle der Geschäftsführung, diese lehnt jede wirksame Kontrolle ab und verhindert sie.“

„Wir verlangen Mitgabe des durch Rechtsbruch sich angelegten Blattes an die durch den Dresdner Konzess eingelagerten Inhaber, und trotz dieses sehr weitgehenden Entgegenkommens weigern sich die Gegner, diesen Rechtsbruch zu fühnen.“

„Die Berliner Maurer verlangen außerdem den ihrer Zahl und Bedeutung entsprechenden Einfluß, der ihnen durch den Beifall des Blattes gesichert werden soll, diese berechtigte Forderung wird ihnen widerstreiten.“

„Da ein Entgegenkommen unsererseits zu keinem Zweck gesucht hat, stehen wir uns auf dem Rechtsstandpunkt zurück und werden weiter die Rechnungsprüfungen machen, uns aber auch seuren Vergewaltigungsversuchen nach wie vor widersehen. Wir haben gehabt, was in der Möglichkeit lag, um den Mif zu überbrücken, unsere Waffe ist vergleichsweise gewesen, nun möge die andre Seite zeigen, was sie kann, ob es ihr gelingt, die zerstörte Gewinnorganisation wieder herzustellen. Wir werden jedes ehrliche Entgegenkommen mit Wohlwollen und Ernst im Geiste der Verhöhung prüfen.“

So der „Vereinblatt“-Artikel schreiber. Derselbe scheint wieder einmal befallen zu sein von dem unverzähmlichen Verlangen, gestoppt zu werden mit der Waffe, die er selbst gehoben.

Wie er die Sache darstellt, so liegt sie that-sächlich nicht, sondern folgendermaßen:

Der vielberufene „Zwiespalt unter den Maurern Deutschlands“ ist das Werk des Regierungsbauamtmasters a. D. Kehler, welcher im Jahre 1884 unter höchst eigenartigen Umständen in der Berliner Maurerbewegung auftauchte. Diese Thatsache wollen wir hier attengemäß beweisen.

Es war damals der Zimmererverband und dessen Fachzeitschrift gegründet. Eines Tages erhielten die Leiter einen Brief des bis dahin in der Arbeiterbewegung gänzlich unbekannter Herrn Kehler, in welchem dieser seine Gläubigkeitne für die Gründung des Verbandes (Den er später so sinnlich angriß) und der Zeitung brachte und andeutete, für etwa 200 monatlich „seine Kräfte“ zur Verfügung stellen zu wollen. Die Berliner Zimmerer aber gingen auf dieses Anbieten nicht ein; sie ließen den Herrn „links liegen“. Das ist der wahre Grund seines gemeinsamen Hafens gegen den Zimmerverband. Als dieser ihm nicht wollte, taugte der Verband und seine Zeitung in den Augen des Herrn Kehler nichts. Er wird freilich die billige Autore gebräuchlich, daß er später über die zentrale Organisation anders zu denken gelernt habe.

Als bald jedoch der Berliner Maurerlongres im Jahre 1884 auf Anregung des Kollegen Conrad es sei, bringend gebeten, zur Auflösung und Förderung der materiellen, sowie der geistigen Interessen der Maurer Deutschlands eine Fortsetzung in's Leben zu rufen, für deren zahlreiche Verbreitung und Abonnement sich die Delegierten verpflichten — jedoch nur mit der Bedingung, daß entweder —, dieselbe von einem Kollegen als „Privatunternehmer“, oder aber von einem bestehenden Fachverein der Maurer (ganz gleich in welcher Stadt) herausgegeben wird und spricht die Erwartung aus, daß dieses so bald als möglich geschehen möge.“

In einem in Nr. 15 des „Vereinblatt“ vom Jahre 1884 enthaltenen Artikel über den „Zwiespalt unter den Maurern“ hat Herr Kehler selbst zugegeben, daß Conrad dann als Gründer des Privatunternehmens aufgetreten sei, nachdem er „einige Monate früher“ die Bekanntschaft des Regierungsbauamtmasters Kehler gemacht.

Herr Kehler gelang es, Redakteur des Blattes „Der Bauhandwerker“ zu werden. Um zu beweisen, wie hoch und leer die später aufkauflgenden Redensarten von einem „Eigentum der Berliner Maurer“ an dem Blatte seien, erklärte Herr Kehler in demselben Artikel, daß ja eine öffentliche Generalversammlung der Maurer Berlin's Herrn Conrad einen Kredit von M. 1500 zur Gründung des Blattes bewilligt habe. Herr Kehler wollte damit den Maurern Deutschlands sagen: „Ihr seid wohl gut genug und ich verlange von Euch, daß Ihr auf das Blatt abonnirt, aber das Unternehmen selbst geht Euch gar nichts an, denn es ist ein mit dem Kredit der Maurer Deutschlands“

Gleich in der ersten Zeit seiner verhängnisvollen Thätigkeit als Redakteur des „Bauhandwerker“ macht Herr Kehler den von ehrlosster Gelöschen zeugenden Bericht, sich mit Herrn Conrad in das „Privatunternehmen“ Blatt zu thellen. Er fördert demselben unter 21. Oktober 1884 folgenden Brief:

„In der Sache des „Bauhandwerkers“ habe ich Ihnen zu Desterem geagt, ich bin Willens, mit Ihnen das Blatt weiterzuführen. Ich sehe ganz gut ein, daß ich es, wie die Sache heut liegt, allein nicht gut würde machen können, und mit den bisherigen Gelehrten er ist recht nicht, das ist richtig ohne Frage. Es bleibt wohl noch ein Drittes, das ich aber vorläufig nicht in Rücksicht ziehen mag. Nun kommt es mir aber darauf an, auch meine Aufgabe an das Blatt anhänger zweifel gestellt zu sehen; denn ich bin doch der Ansicht: ich bin doch eigentlich Derieger, der das Blatt gemacht hat, was es ist. Ich bin nicht Willens, für irgendemand die Akten zu thauen, auch für Sie nicht, Herr Conrad. Darum bitte ich Ihnen folgendes unter uns getroffene

Abkommen an: Wir beide vereinigen uns zu einer öffentlichen Handelsgesellschaft mit Sitz in Berlin zur Herausgabe des Blattes, des "Bauhandwerkers". Diese Gesellschaft tritt mit dem 1. Januar 1885 in Kraft, bis dahin bleibt das Eigentum des Blattes, wie es heute liegt. Ich halte dies für nothwendig, um nicht unnützer Weise Störungen und Unzufriedenheiten hervorzurufen. Die Redaktion führt ich ganz unabhängig, ebenso werden Buch und Rechnung von mir geführt. Für diese Arbeiten erhalten ich eine Remuneration von M. 200 monatlich, wenn die Einnahmen es gestatten. Sie führen die übrigen Geschäfte des Blattes und erhalten dafür M. 100 monatlich. Gegeben, die Reinhöhe nicht diese M. 300, so werden unsere Gehälter nach dem Verhältnis wie 2 : 1 gefügt. Ein Überschuss, der sich ergiebt, wird unter uns zu gleichen Teilen verteilt. Jeder von uns beiden liquidiert seine Einnahmen für das Blatt mit der Währung: Es hat jeder dem Anderen diese Ausgaben monatlich bis zum 3. des nächsten Monats speziell anzugeben und der Anderer hat sich bis zum 6. des Monats zu erklären oder seine Aufstellungen darüber zu machen. Unsägen, die bis zum 3. nicht angegeben sind, dienen unter keinen Umständen in Rechnung gebracht werden; ebenso gelten Einwendungen, welche nach dem 6. gemacht werden, nicht mehr. In anderen Punkten gelten: die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über offene Handelsgesellschaften. Wenn Sie mit diesen meinen Vorstößen einverstanden sind, so schicken Sie mir eine wörtliche Abschrift der blaurotstrichenen Zeilen mit dem Anfang: "Ich vereinige mich mit Herrn Kehler zu Berlin sc." Natürlich sagen Sie für "Ihre Sie und für "Sie" ich. Ein solcher Abschluß ist vollkommen bindend und Sie, wie ich finde, kannen sicher sein, wie können dann richtig ohne Missverständnisse weiter arbeiten. Unter Abkommen würde vorläufig gegen Jeden geheim bleiben. Das laufende Quartal ordnen wir nach bestem Einvernehmen unter uns. Macht man ja große Späne, so lösen wir den alten Vertrag und geben am 1. Januar einen neuen mit kleinen unmerklichen Abänderungen im Titel heraus. Wir behalten dann alle Abkommen, es erscheint den Außenstehenden nichts geändert an der Sache. So ist mein Plan. Wenn Sie einstimmig telegraphieren Sie: "Ja! Ich komme morgen sicher. G."

Abschlußnahmen hat Herr Kehler diesen Brief, der wie gesagt, von ehrlicher Gesinnung zeugt, niemals vermoht. Wohl aber hat er den standablen Vertrag gewagt, glauben zu machen: er hätte den Brief nur geschrieben, um Conrad auf die Probe zu stellen. Lebhaft waren die damaligen Leiter der Berliner Maurerbewegung über Kehler's Mitwirkung durchaus nicht erbaut. In der Absicht, ihn abzuschütteln, leiteten sie alles Ernstes Unterhandlungen mit einem bekannten Abgeordneten der Arbeitspartei, einem betriebsübereinnehmenden Redakteur des "Bauhandwerker", an Kehler's Seite, die es höchst unlauteren Charakter schillerten. Nur den Umstand, daß der Betreffende Grinde hatte, auf dieses Unfassbare nicht einzugehen, ist es zu danken, daß Kehler Nebakteur des Blattes blieb.

Der Dresdener Kongress im Jahre 1885 war mit Recht der Ansicht, daß das Werkstatthaus der Maurer Deutschlands zu dem Fadorgan denn doch nicht ein solches sein könne, wie Herr Kehler beliebte es auszufassen. Die diesbezüglichen Berathungen und Beschlüsse konzentrierten sich auf die im gebrochenen Protokoll des Dresdener Kongresses unter Nr. 11, 13, 31 II, al. 2 und 44 mitgeteilten Anträge. Die Anträge unter 11 und 14 verlangen, daß für das Fadorgan ein Expedient und Verleger, welcher der gesetzlichen Buchführung mächtig sei, im Interesse der gesetzlichen Ordnung aufgestellt werden sollte. Der Antrag 13 verlangt, daß den Abponenten des "Bauhandwerker" bis zum 15. April des betr. Jahres eine gebrochene Abrechnung über die bisherige Geschäftsführung zugesetzt werden sollte, während der Antrag 31 II, al. 2 kurz und bündig besagt: daß der "Bauhandwerker" Eigentum der Maurer Deutschlands in dem Sinne sei, daß er dem Solidaritätsgeiste derselben Rechnung trage, und daß die aus diesem Unternehmen sich ergebenden Überflüsse lediglich im Interesse der Bauhandwerkerbewegung in Deutschland zu verwenden seien.

Diese Anträge sind sämtlich angenommen worden. Man hätte demnach von den beteiligten Leitern des Unternehmens auch erwartet, daß diese Beschlüsse befolgt und zur Ausführung gebracht würden. Das ist nicht geschehen. Weder die Redaktion in der Person des Herrn Kehler, noch die Verlegerchaft hat die Kongressbeschlüsse respektiert; beide Theile haben vielmehr in rücksichtslosem Weise dieselben ignoriert und dienten wadern und gewissenhaften Kollegen angefeindet, welche die Hochachtung der Beschlüsse verlangten. Zeit genug war: wenigstens da, bis zur heidlichen Auflösung der Preßkommission die verlangte Abrechnung zu liefern.

Wollte Redaktion und Verlegerchaft des "Bauhandwerker" den Kongressbeschlüsse nicht nachkommen, vereinbarten sich diejenigen nicht mit ihrer Überzeugung, so hätten sie nach den einfachsten Begriffen von Auffand und Ehre die Bildhabe, von der Leitung des "Bauhandwerker" zurückzutreten. Statt dessen führten sie in der alten "Zeitungswelt" wobei es selbst einer nur eingemahnen geordneten und überzeichneten Buchführung entsangte, weil eben entgegen den Kongressbeschlüssen kein der Buchführung mächtiger Expedient und Verleger eingesetzt wurde, vielmehr dieses Amt in den Händen der vordem damit betrauten Personen verblieb, ruhig fort. Die zwei auf Beschluss des Kongresses zur Revision nach Berlin entsendten Kollegen Datei und Krautmann mühten sich zwölf Tage vergebens ab, um diese Aufgabe zu lösen, sie vermochten beim besten Willen kein positives Resultat zu erzielen. Doch fertigten sie einen Bericht über ihren Revisionsaufwand an, welcher jedoch in dem "Bauhandwerker" nicht veröffentlicht wurde. Selbstverständlich konnten die Revisoren der Gesellschaft keine Decharge erhalten. Über das Benehmen,

welches die verlassene Preßkommission den Revisoren gegenüber beobachtete, wollen wir hier kein Wort verlieren.

Es kam für die Redaktion und Expedition des "Bauhandwerker" ein geeigneter Moment, auf den Kongressbeschuß, betreffend das Eigentum am Blatte, in ihrer Weise zu antworten: als die Preßkommission behördlich geschlossen wurde, erschien in Nr. 22 des "Bauhandwerker" vom 30. Mai 1886 eine Veranuntiacion des Herrn Wille, wonach das Blatt durch Uebereinkunft mit allen Guthaben und Schulden" in den Besitz und die Verwaltung des Herrn Löwen, Buchdruckereibesitzer in Berlin, übergegangen erklärt wird. Zweifelsohne hätte der hiergebrachte Kalamität Redaktion und Expedition des "Bauhandwerker" sich nach den behördlichen Auflösungen der Preßkommission an die vom Kongress eingesetzte Agitationsskommission in Hamburg wenden müssen. Beides geschah nicht, die Herren in Berlin ließen sich von absoluter Willkür leiten und vergaben einfach ein Eigentumsschreib, über welches sie kein Verfassungsrecht hatten.

Alle die hier aufgeführten Umstände zusammengezogen legten der damaligen vom Kongress eingesetzten Agitationsskommission der Maurer Deutschlands die Pflicht auf, im Interesse der ganzen Bewegung Stellung zu nehmen gegen die von Herrn Kehler in Sene geplante Wirtschaftsstadt. So erfolgte im Juli 1886 die Gründung des "Neuen Bauhandwerker", dessen Verleger sich anholt machte, die Anforderungen, welche der Dresdener Kongress an ein Fachorgan gestellt zu genügen.

Etwas 14 Tage nach dem Erscheinen des "Neuen Bauhandwerker" ließ der Verleger des Berliner "Bauhandwerker" dieses Blatt eingehen; statt dessen erschien in Braunschweig ein neues Blatt unter dem Titel der "Baugewerkschafter". Dieses machte sodann dem noch bestehenden "Bereisblatt", ebenfalls unter Kehler's Leitung, Platz.

Der Maurerkongress in Bremen im Jahre 1887 hielt das Vorzeichen der Agitationsskommission gut, als im Interesse der ganzen Maurerbewegung geboten, und erkannte den "Neuen Bauhandwerker" an als offizielles Organ der Maurer Deutschlands. Dieser Beschuß wurde vom Kongress in Kassel im Jahre 1887 wiederholt. An die Stelle des "Neuen Bauhandwerker" trat in Folge des Umstandes, daß derselbe von einem vorübergehenden Verbot auf Grund des Sozialistengesetzes befreit wurde, der "Grundstein", den der vorjährige Kongress in Halle als das allein offizielle Fachorgan der Maurer Deutschlands erklärte.

Das sind die Thatsachen, welche für die Beurtheilung der Organfrage in Betracht kommen. Diese Thatsachen gegenüber gehörte vorlich ein hoher Grad von Unverschämtheit dazu, zu behaupten, wie der "Bereisblatt"-Artiller es tut, von einem "Rechtsbruch" und von Niedergabe des durch einen solchen angeblich "sich angesehene Blattes" zu sprechen. Die

rohe und freudelige Hand war die des Herrn Kehler, der von der früheren Agitationsskommission mit Recht als ein Freibeuter bezichtigt wurde. Es steht für diesen Herrn und seine Freunde keinen Rechtsstandpunkt, auf den sie sich stellen können.

Im nächsten Artikel wollen wir die Angelegenheit noch gründlicher beleuchten.

Situationsberichte.

Bei dem so massenhaften Andrang von Situationsberichten müssen wir die geehrten Berichterstatter um möglichste Klärung der Werthe dringend erachten. Die Redaktion:

Maurer.

Frankfurt a. M. Am 20. April tagte in Dreieichenhain im Lokale des Herrn Eidam eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung. Da das Bureau wurde gewählt die Herren Böck und Winkel. Im ersten Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Delegirten zum siebenten deutschen Maurerkongress in Erfurt. 2. Wahl eines Berichterstatters. 3. Welche Rentenrenten sind für uns am zweitentprechendsten? 4. Die Bedeutung der Unfallverhütungsvorschriften. Kollege Grote (Hannover) legte im ersten Punkte die Bedeutung des Kongresses und die Nothwendigkeit der Verschärfung derselben klar. Man sollte sich die Berliner Kollegen zum Vorbild nehmen, die doch 15 Delegirte zum Kongress gewählt hatten. Nach langer Diskussion beschloß die Versammlung, einen Delegirten zur Vertretung der Maurer von Bildung und Umgegend auf dem bevorstehenden Kongress zu entenden und wählte hierzu einstimmig den Kollegen Paul aus Hannover. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde einstimmig W. v. Bock gewählt. Maurer aus Süde, Nr. 27, gewählt. Zum dritten Punkt legte der Referent klar, daß es nothwendig ist, dahin zu streben, daß man, wenn man gelegentlich zu Blüthen herangesogen wird, auch Rechte geltend zu machen hat. Dies sei aber bei den Innungsrentenfassen und Ortsrentenfassen nicht der Fall, da die Vorstände bei diesen Rentenfassen aus Meistern und Gesellen zu gleichen Theilen zusammengelebt sind, wobei sich die Arbeiter meistens freuen, ihr Recht zu vertreten. Auch seien die Verträge bei diesen Fassen, welche sich in sehr gehoben stehend, größtentheils schwer zu bewegen, schnelle Hüse zu leisten; ferner würden in den meisten dieser Fassen nur für 13 Wochen Frankengeld bezahlt. Es sei daher Pflicht jedes verdienstlichen Arbeiters, sich solchen Rentenfassen anzuschließen, bei denen die Verwaltung durch die Arbeiter selbst geführt wird. Für die Maurer sei vorzüglich die Centralrentenfasse der Maurer, Steinbauer u. a. "Grundstein zur Einigkeit", welche ihren Sitz in Altona hat, zu empfehlen. Zum letzten Punkt erläuterte der Referent die von den Hannoverschen Bauernfogenseyhäusern erlassenen Unfallverhütungsvorschriften mit dem besonderen Hinweis, daß nach § 1 dieser Vorschriften dieselben auf jedem Bau öffentlich zur Kenntnisnahme ausgehängt werden müssen. Mit einem Hoch auf die Bewegung der Maurer Deutschlands schloß dann der Vorsteher die Versammlung.

Frankfurt a. M. Am 22. April fand hier in der Concordia eine öffentliche Mitgliederversammlung des Maurerbauvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung für das Jahr 1889. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Um 8½ Uhr eröffnete der Vorsteher die Versammlung und legte in kurzen Worten den Kollegen die Bedeutung der Organisation klar. Hierauf ließen sich 22 neue Mitglieder einzählen. Zum zweiten Punkt verlas der Kassier Nr. 1 die Abrechnung für 1889, über welche sich eine heftige Debatte entwickelte, indem der Kassier in der Abrechnung die bisher nicht bezahlten Verpflichtungen des selben Vorsteher G. Schmitt aufgeführt hatte. Zum dritten Punkt wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Abel Bonner, Heinrich Frankenbach, zweiter Vorsteher; Peter Dietl, erster, Joh. Wett, zweiter Kassier; Peter Dietl und Georg Lind, Bevollmächtigte. Beim letzten Punkt der Tagesordnung berichtete der Vorsteher unter dem Vorsitz der Versammlung, daß in letzter Zeit in der Umgegend

Würzburg. Am 20. April fand im Lokale "Zur Droschke" eine zahlreich besuchte öffentliche Maurer-

versammlung unter dem Vorsitz der Kollegen Gehret, Böck in er und Dörrmann statt, um zur Frage der Arbeitszeitverkürzung Stellung zu nehmen. Kollege Böck in er und Dörrmann trat zunächst als Referent unter Bezug auf die vor drei Jahren stattgehabte Lohnbewegung der hiesigen Maurer warm für eine Reduzierung der Arbeitszeit auf zehn Stunden ein. Mit ihm waren alle folgenden Redner der Meinung, daß die Quantität sowie die Qualität der Arbeit durchaus bei der Arbeitszeitverkürzung nicht leide. Fast alle hervorragenden Autoritäten auf wirtschaftlichem Gebiete seien darüber einig, daß der Arbeiter in kürzerer Arbeitszeit genau ebensoviel zu leisten im Stande sei als Dergenze, dessen Körperkräfte durch zu lange Dauer der Arbeit abgezehnt seien. Die gefürchtete Arbeitszeit in England und Amerika habe hierfür genügend Beweismaterial erbracht. Weiter wurde lebhaft über das Fehlen der Kaufleute am Orte klage geführt, in welchen sich die Maurer bzw. Bauarbeiter während der Arbeitspausen aufzuhalten können. Man sei entweder geneigt, die Pausen, die Aufenthaltszeit, dem Wind und Wetter ausgeliefert im Freien zu verbringen, oder ein Wirthshaus aufzutun, während für die Aufbewahrung der Materialien in jeder Weise gesorgt werde. Eine definitive Beschlußfassung über diese Frage sowie über die Einführung der zehnständigen Arbeitszeit wurde einer am nächsten Sonntag abzuhaltenden Versammlung überwiesen. Hiervorgehoben wurde hierbei noch, daß die Einführung einer verkürzten Arbeitszeit natürlich nicht gleichbedeutend sein könne mit einer Lohnverringерung, da die hiesigen Lohnverhältnisse der Maurer bei den heutigen übermäßigen Verhöhnungen der nothwendigsten Lebensmittel eine Reduktion nicht vertragen können. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Der siebente deutsche Maurerkongress in Erfurt, erörterte die Bedeutung dieses Kongresses für das Maurergewerbe, sowie die Nothwendigkeit der Beziehung des Kongresses im Interesse der Organisation. Die Versammlung beschloß nach langer Debatte, den Kongress durch einen Delegirten zu bestimmen; die Wahl eines solchen wurde ebenfalls zur nächsten Versammlung aufgeschoben. Beim letzten Punkt der Tagesordnung, "Berichtenes", wurde zunächst die Frage der Feier des 1. Mai behandelt. Die Versammlung beschloß, von einer Einstellung der Arbeit am 1. Mai abzusehen und sich den von Seiten der hiesigen Gewerbevereine geplanten Veranstaltungen zu Gunsten eines achttägigen Normalarbeitsstages anzuschließen. Nachdem noch wegen vorigerster Zeit die Neuwahl der Vorstandsmann der nächsten Versammlung überwiesen worden war, riefte der Vorsteher noch einen Appell an die Anwesenden zum Abonnement auf den "Grundstein" und zum Eintritt in die bestehende Organisation. Um 1 Uhr erfolgte Schluss der mit großer Begeisterung erfüllten Versammlung.

Bückeburg. Am 20. April fand in Bergdorf bei Bückeburg eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegirten zum siebenten deutschen Maurerkongress in Erfurt. 2. Wahl eines Berichterstatters. 3. Welche Rentenrenten sind für uns am zweitentprechendsten? 4. Die Bedeutung der Unfallverhütungsvorschriften. Kollege Grote (Hannover) legte im ersten Punkte die Bedeutung des Kongresses und die Nothwendigkeit der Verschärfung derselben klar. Man sollte sich die Berliner Kollegen zum Vorbild nehmen, die doch 15 Delegirte zum Kongress gewählt hatten. Nach langer Diskussion beschloß die Versammlung, einen Delegirten zur Vertretung der Maurer von Bildung und Umgegend auf dem bevorstehenden Kongress zu entenden und wählte hierzu einstimmig den Kollegen Paul aus Hannover. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde einstimmig W. v. Bock gewählt. Maurer aus Süde, Nr. 27, gewählt. Zum dritten Punkt legte der Referent klar, daß es nothwendig ist, dahin zu streben, daß man, wenn man gelegentlich zu Blüthen herangesogen wird, auch Rechte geltend zu machen hat. Dies sei aber bei den Innungsrentenfassen und Ortsrentenfassen nicht der Fall, da die Vorstände bei diesen Rentenfassen aus Meistern und Gesellen zu gleichen Theilen zusammengelebt sind, wobei sich die Arbeiter meistens freuen, ihr Recht zu vertreten. Auch seien die Verträge bei diesen Fassen, welche sich in sehr gehoben stehend, größtentheils schwer zu bewegen, schnelle Hüse zu leisten; ferner würden in den meisten dieser Fassen nur für 13 Wochen Frankengeld bezahlt. Es sei daher Pflicht jedes verdienstlichen Arbeiters, sich solchen Rentenfassen anzuschließen, bei denen die Verwaltung durch die Arbeiter selbst geführt wird. Für die Maurer sei vorzüglich die Centralrentenfasse der Maurer, Steinbauer u. a. "Grundstein zur Einigkeit", welche ihren Sitz in Altona hat, zu empfehlen. Zum letzten Punkt erläuterte der Referent die von den Hannoverschen Bauernfogenseyhäusern erlassenen Unfallverhütungsvorschriften mit dem besonderen Hinweis, daß nach § 1 dieser Vorschriften dieselben auf jedem Bau öffentlich zur Kenntnisnahme ausgehängt werden müssen. Mit einem Hoch auf die Bewegung der Maurer Deutschlands schloß dann der Vorsteher die Versammlung.

Frankfurt a. M. Am 22. April fand hier in der Concordia eine öffentliche Mitgliederversammlung des Maurerbauvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung für das Jahr 1889. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Um 8½ Uhr eröffnete der Vorsteher die Versammlung und legte in kurzen Worten den Kollegen die Bedeutung der Organisation klar. Hierauf ließen sich 22 neue Mitglieder einzählen. Zum zweiten Punkt verlas der Kassier Nr. 1 die Abrechnung für 1889, über welche sich eine heftige Debatte entwickelte, indem der Kassier in der Abrechnung die bisher nicht bezahlten Verpflichtungen des selben Vorsteher G. Schmitt aufgeführt hatte. Zum dritten Punkt erläuterte der Referent die von den Hannoverschen Bauernfogenseyhäusern erlassenen Unfallverhütungsvorschriften mit dem besonderen Hinweis, daß nach § 1 dieser Vorschriften dieselben auf jedem Bau öffentlich zur Kenntnisnahme ausgehängt werden müssen. Mit einem Hoch auf die Bewegung der Maurer Deutschlands schloß dann der Vorsteher die Versammlung.

Frankfurt a. M. Am 22. April fand hier in der Concordia eine öffentliche Mitgliederversammlung des Maurerbauvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung für das Jahr 1889. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Um 8½ Uhr eröffnete der Vorsteher die Versammlung und legte in kurzen Worten den Kollegen die Bedeutung der Organisation klar. Hierauf ließen sich 22 neue Mitglieder einzählen. Zum zweiten Punkt verlas der Kassier Nr. 1 die Abrechnung für 1889, über welche sich eine heftige Debatte entwickelte, indem der Kassier in der Abrechnung die bisher nicht bezahlten Verpflichtungen des selben Vorsteher G. Schmitt aufgeführt hatte. Zum dritten Punkt wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Abel Bonner, Heinrich Frankenbach, zweiter Vorsteher; Peter Dietl, erster, Joh. Wett, zweiter Kassier; Peter Dietl und Georg Lind, Bevollmächtigte. Beim letzten Punkt der Tagesordnung berichtete der Vorsteher unter dem Vorsitz der Versammlung, daß in letzter Zeit in der Umgegend

Frankfurts mit Erfolg für den Beitritt der Maurer zum Frankfurter Fächerverein agitiert worden sei, wie z. B. in Höchst; es müsse in dieser Weise fortgearbeitet werden, um die Verhältnisse in Frankfurt aufzuklären zu können. Um 10½ Uhr erfolgte der Schluss der Versammlung.

Berlin. Die Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend nahm in ihrer am 17. April bei Dröschel abgehaltenen ordentlichen Mitgliederversammlung die in der Generalversammlung vom 13. April abgebrochene bzw. vertagte Tagesordnung wieder auf und vollzog nach Verlese und Genehmigung des Protocols der Generalversammlung die Wahl des Ausschusses nach § 8 des Vereinssatzes. Da die bisherige Agitationskommission damit ihres Amtes enthoben wurde, so gab Herr Kr. e. g. vor Eintritt in die Wahl des Ausschusses einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der Agitationskommission. Gewählt wurden sodann in den Ausschuss die Herren Grunow, Ansbach, 18, 8 Tr.; Gerde, Straßburgstr. 38, 3 Tr.; Sydon, Südstadtstraße 10, 5, 4 Tr. und Dögeler, Kreuzbergstr. 77, Hof. im Keller. Der Ausschuss ist auf ein halbes Jahr gewählt. Laut Beschluss der Versammlung haben nach Ablauf des ersten Vierjahrszyklus zwei Mitglieder aus dem Ausschusse auszusteigen. Die Vereinshübschstof ist nunmehr eingerichtet und kann der Benützung der Mitglieder übergeben werden. Dieselbe wird im Vereinshübschstof Dröschel, Sebastianstr. 39, untergebracht. Zu Bibliothekaren wählte die Versammlung die Herren H. Schulz und Braun. Um die Kollegen auch durch Geselligkeit einander näher zu bringen, ist ein Vergnügen in Aussicht genommen und wurde der Vorstand mit den ersten Vorbereitungen hierzu beauftragt. Des Weiteren fand eine Besprechung über den Nutzen einer zwanglosen Agitation und einer sonntäglichen Morgenprache nach Art der Börse statt. Die Versammlung beschloß, die zwanglose Agitation zu fördern und in jedem Stadtviertel ein Gartenlotto in Aussicht zu nehmen. Die Versammlung genehmigte die Resolution der Agitationskommission der Kaufleute, der den Schluss der Geschäfte des Sonntags von 12 Uhr mittags ab mit der selbständigen Erweiterung, in dieser Beziehung auch die Grünauhändler, welche Materialwaren führen, zu berücksichtigen, und wünschte zu Thürkontroluren die Herren Döllinger und Rohrach. 28 neue Mitglieder traten der Vereinigung bei.

Berlin. Die Maurer Berlins und Umgegend hielten am 22. April im Buggenhagen'schen Saale eine öffentliche Versammlung ab. Das Bureau wurde gebildet durch die Herren Kr. e. g., Rätsche und Kerkel. In einem einleitenden Vortrage erläuterte zunächst Herr Buchdrucker Werner die Frage: "Sind zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Zielen Gegenfäche?" In einem ausgedehnten, höchst feinfühligen und lehrreichen Vortrage wußte der Referent den zahlreichen Hörern klar zu machen, daß die gewerkschaftliche und politische Bewegung voneinander ungetrennt seien. Referent bezeichnete es als einen Fehler, wollten die Arbeiter nur auf dem einen oder anderen Gebiete ihre Thätigkeit suchen und finden. Die Gewerkschaftsbewegung, bzw. die Gewerkschaftsorganisation, welche vielfach als null und nichtig betrachtet werde, sei dies durchaus nicht, wenn sie sich das Motto stelle und hoffe: "Zum Schuh und Trug!" Die leichtvergangene Zeit habe zur Genüge die hohe Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation als Vorstufe der politischen Bewegung gezeigt. Redner kam zu dem Schluß, daß jeder Kämpfer für die darbende Menschheit Sozialdemokrat und jeder Sozialdemokrat Gewerkschaftsmitglied sein müsse. Diese Debatte gelangte im Anschluß an den vorstrebenden Vortrag einstimmig folgende von Herrn Werner aufgestellte Resolution zur Annahme: "Die heutige Versammlung erklärt, daß die Gewerkschaften ein unentbehrlicher Faktor sind in dem Kampfe des arbeitenden Proletariats, daß aber die politische Befreiung ist, ohne welche dieses Ziel nicht erreicht wird. Die soziale Frage ist demnach un trennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staate. In fernerer Erwagung, daß nur in festgeschlossener Masse, in organisater Gemeinschaft das große Ziel zu erreichen ist, wonach wir streben, daß es somit eine Etappe auf dem Wege ist, wenn die neuntägige Arbeitszeit, sowie die Erhöhung des Stundenlohnes durchgeführt wird, erkenn die Versammlung die Notwendigkeit an, dahin zu agitieren, daß jeder in Berlin und Umgegend arbeitende Maurer sich der Freien Vereinigung als Mitglied anschließe." Zur Entgegnung erwarteter Beschwerden über die letzte Abrechnung des Vertrauensmanns stand hierauf eine Pause statt. Nachdem erfolgte eine Klärung über die Lage der jetzt freiliegenden Maurer in Deutschland durch Herrn Kerkel. Derselbe berichtete, daß nicht weniger als 65 Städte sich bereits teilweise im Auslande befinden, teils in einem solchen einzutreten gekommen sind. Die Arbeitsstellen erfolgen teils wegen Verkürzung der Arbeitszeit, teils wegen Hochhaltung der Organisation oder wegen Ausprägung seitens der Meisterschaft. Auger diesen bei der Geschäftsführung Deutschlands angemeldeten Städten haben noch in acht Städten kurze Ausstände stattgefunden, die verhindert werden sind. Redner folgerte hieraus, daß die Maurer Berlins verpflichtet seien, die auswärtigen Kollegen thätig zu unterstützen und vor Allem sich selber zu organisieren, um ihrer Verpflichtung gerecht werden zu können. Dieder ist diese Erkenntnis unter der Berliner Maurerföderation noch nicht zur Genüge verbreitet und die freiwilligen Sammlungen ließen noch viel zu wünschen übrig. Redner legte daher die befohlene Resolution der Berliner Maurerföderation zur Nachtragung dringend an's Herz. Die Ausführungen des Herrn Kerkel fanden seitens der Versammlung die lebhafte Zustimmung und wurden von den nachfolgenden Rednern, den Herren Hermersmidt, Klemm, Weiß und Anderen, auf das Energiischste unterstützt und ergänzt. Besonders wurde von Herrn Weiß darauf hingewiesen, daß die aus-

wärtige Bewegung ein erfreuliches Zeichen und daß diese dazu beitragen werde, dem Massenzugriffe nach Berlin Einhalt zu gebieten. Unumkehr sei es Pflicht der Berliner Maurerföderation, die auswärtigen Kollegen thätig zu unterstützen und vor Allem Hand an sich selber zu legen und sich in der Freien Vereinigung Mann für Mann zusammenzustellen. Auch wurde in Erinnerung gebracht, daß die Berliner Maurer im vorjährigen Streit wesentlich auf die Unterstützung der Maurer Deutschlands angewiesen gewesen seien. Herr Kr. e. g. stellte "ros' alden" die Hamburger Organisation als leuchtendes Beispiel zur Nachtragung vor Angen und verwies im Weiteren auf die "Berliner Volksblatt" bekannt gemacht. Vertriebsställe, ermahnen, dieselben zur Errichtung von freiwilligen Beitragstagen recht fleißig zu bemühen und konstatriren, daß mit der Einschaltung der Vertriebsställe die freiwilligen Sammlungen mehr als bisher in Fluss gesommen seien. Mit diesem Mahnworte wurde dieser Punkt der Tagesordnung verlassen. Hierauf verlas Herr Kr. e. g. ein eingelassene Schreiben seitens der streitenden Kartonarbeiterinnen und Arbeitnehmer, sowie der Brauergesellen, welche um moralische wie finanzielle Unterstützung batzen. Das Gesuch seitens der Brauergesellen fand namentlich seitens des Herrn Werner eine warme Unterstützung. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den streitenden Kartonarbeiterinnen und Brauergesellen solidarisch und beschloß bezüglich der Letzteren, das Bier derjenigen Brauereien zu bevorzugen, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. — Zur weiteren Annahme gelangte nach längerer Erörterung folgende Resolution: "Die heute im Saale bei Buggenhagen tagende Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend, verbotte sich das unberechtigte Einmischen der Berliner Volks-Zeitung in die Angelegenheit der Arbeiter zur Freiheit des 1. Mai d. J., sowie die Vorschläge derselben den Arbeitern gegenüber. Dem wenn die Arbeiter jenen Rathschlägen gefolgt wären, hätten sie längst aufgehört, für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen, sondern würden, wie die Redakteure der Volks-Zeitung, nur den Interessen weniger Altonaer bilden. Die Arbeiter werden nach wie vor ohne Rathschläge der Volks-Zeitung und ihrer Hintermänner ihre Vertreter zu finden wissen, welchen sie ihr Vertrauen schenken werden." Zum Schluß gelangte die Vertrauensmannsfrage für Moabit zur Sprache. Beamtigt war, einen anderen Vertrauensmann aus dem Stab des Herrn Hermersmidt zu wählen. Nach einer lebhaften Erörterung dieser Angelegenheit, im Verlaufe deren Herr Hermersmidt sein Amt niedergelegt, wurde Herr Milling zum Vertrauensmann für Moabit gewählt. Auch wurde den Kollegen der Beiträge zur Central-Zeitung und Sterbehilfe der Maurer Deutschlands auf's Wärmete anempfohlen.

Büdker. Am 23. April, Abends 8½ Uhr, fand hierfür im "Berliner Hof", Fünfhausen, eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Der siebente Kongreß der deutschen Maurer. 2. Wahl eines Delegierten. 3. Verschiedenes. Das Bureau wurde zusammengefäßt aus den Kollegen Schöck, Scheel, Dreier und Kleinfeldt. Alsdann verlas der erste Vorsitzende den Rufzug der Maurer Deutschlands in Bet्रeß des bevorstehenden Kongresses. Kollege Hartwig legte alsdann der Versammlung den Rufzug und Zweck des Kongresses klar und schloß mit einem Appell an die Versammlung, auch in diesem Jahre wie bisher einen Delegierten nach Erfurt zu entsenden, was die Versammlung auch einstimmig annahm. Hierauf wurde Kollege Schöck mit großer Majorität als Delegierter gewählt und zwar auf besonderen Antrag des Kollegen Hartwig mit ungebundenem Mandat. Deßwegen wurde befreit, die entstehenden Kosten durch freiwillige Sammlungen zu decken, deren Vorname den Kollegen Dreier, Kässel, Schmid und Wittwe übertragen wurde. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

Altona a. C. Am 15. April tagte in "Wendt's Ballhaus" die regelmäßige Mitgliederversammlung des Volksvereins der Maurer Altonas mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission betr. des Arbeitsnachweises. 2. Neorganisierung der Altordnungschrift. 3. Monatliche Abrechnung. 4. Abrechnung der Wanderunterführung. 5. Innere Vereinsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende das Ableben des Mitgliedes A. Klinck bekannt und erfuhr, daß die Mitglieder um rege Beteiligung an der Beerdigung. Ferner wiederrum kam zu dem Schluß, daß am 12. Mai unter Stiftungsfest im obigen Volks stattfinde, wo er ebenfalls um reiche Beteiligung erfuhr. Zum ersten Punkte der Tagesordnung verlas Herr Nordhausen folgende von der Kommission ausgearbeitete Vorlage, welche nach längerer Spezialdebatte über die einzelnen Paragraphen angenommen wurde:

"Auf Grund des Vereinsschlusses vom 22. Jan. 1889 hat der Volksverein der Maurer Altonas einen Arbeitsnachweis errichtet. Um diesen besser als bisher zu erfüllen, hat die Kommission folgendes Reglement in Vorschlag gebracht:

S. 1. Jeder Arbeitslose, welcher den Arbeitsnachweis benötigen will, ist verpflichtet, seinen Namen in das zu diesem Zweck ausgelegte Buch einzutragen, resp. eintragen zu lassen.

S. 2. Die Eintragungen werden der Reihenfolge nach herabgestuft.

S. 3. Jeder Arbeitslose muß sich zu der von der Kommission festgesetzten Zeit jeden Tag melden. Unterläßt er dieses, so werden die nächsten vierst wert berücksichtigt. Unterläßt der Betriebsende die Meldepflicht drei Tage hintereinander, so wird er hinteran gestellt. Hat der Arbeitslose sich in das Buch einzutragen lassen und erhält er ohne den Arbeitsnachweis Arbeit, so ist er verpflichtet, sich beim Arbeitsnachweis abzuhalten.

S. 4. Alle Parteien, sowie sämtliche Mitglieder, welche in Erfahrung bringen, auf welchen Baustellen und bei welchem Meister resp. Unternehmer Geistern angesetzt werden, auch außerhalb des Altoner Gebietes, sind verpflichtet, dies den Arbeitsnachweis zu melden.

S. 5. Um den Arbeitsnachweis bekannt zu machen, werden den Meistern resp. Unternehmern Büchläre überstellt, welche die Angabe enthalten, wo unser Arbeitsnachweis sich befindet.

S. 6. Die Leitung und besonders notwendige Reglung des Arbeitsnachweises unterliegt einer Kommission von sieben Personen.

S. 7. Zum Zweck der Arbeitsvermittlung ist jeden Abend von 7½—9 Uhr und Sonntags am Vormittag von 9—10 Uhr in dem Volks, wo das Buch ausgelegt wird, ein Kommissionssitzung statt zu haben.

S. 8. Wünsche bez. Arbeitsangelegenheit der Arbeitnehmenden, sowie des Unternehmers werden soviel als möglich berücksichtigt.

S. 9. Um den Arbeitsnachweis gewissenhaft und unverfälscht zu leiten, werden Briefkästen an mehreren Stellen ausgehängt. Zugleich werden in diesen Volksstädten Karten ausgelegt, sowie den Meistern resp. Unternehmern solche mit dem Büchlein zugegeben.

S. 10. Die Briefkästen werden jeden Abend von einem Kommissionssitzung nachgesehen und hat dasselbe dem Arbeitsnachweis Bericht zu erstatten.

S. 11. Die zwei Kommissionssitzungen, welche den Arbeitsnachweis vermittelten, erhalten pro Mann den Abend 30 Pf. vergütet.

S. 12. Hat ein Arbeitsloser Beschwerden gegen die Arbeitsnachweis-Kommission vorzubringen, so hat er dieses dem Vorstande mitzutheilen.

S. 13. Die Arbeitsnachweis-Kommission hat jeden Monat Bericht über den Arbeitsnachweis der Versammlung zu erstatten."

Hierauf erfolgte die Wahl der aus sieben Personen bestehende Kommission zur Handhabung des Arbeitsnachweises. Zum zweiten Punkt wurde ebenfalls eine Kommission von fünf Personen gewählt, welche eine Reorganisation der Altordnungschrift vorzunehmen und die beschäftigte Vorlage einer nächsten Versammlung zu überbringen hat. Zum dritten Punkt verlas der erste Kästner, C. Hücker, die von den Meistern beglaubigte monatliche Abrechnung, welche für die Vereinslast einen Kassenbestand von 5 Pf. bei einer Einnahme von M. 145,90 und für den Reservefonds einen Kassenbestand von M. 280,50 ergab. Die dann verlesene Abrechnung der Wanderunterführung ergab bei einer Ausgabe von M. 91,70 einen Rest von M. 8,30 zur Aufzulösung an die Vereinslast. Beide Abrechnungen wurden von dem seit ½ Jahr franz. dargestellten Mitglied Griesel eine Unterstellung von M. 100 bewilligt. Auf eine seitens des Kollegen Sternberg eingeholte Interpretation in Bet्रeß der möglichen Extrasteuer der Kollegen in Hamburg, zu welcher die dort arbeitenden Altonaer ebenfalls herangezogen werden sollen, gab nach kurzer Diskussion der Vorstehende mit Hinweis auf den S. 10 des Statuts seine Erklärung dahin ab, daß man, bevor die Hamburger nicht den Beschluss fäthigen, im Falle eines Streits die Altonaer mit zu unterstützen, die Zahlung dieser Steuer verweigern sollte, bis der Volksverein der Maurer Altonas einen dahingehenden Beschluss fäthigt. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch bekannte, daß die Hauptversammlung am 6. Mai stattfindet.

Bergedorf. Am Sonnabend, den 26. April, fand hier im Volks des Herrn Sievers eine öffentliche Versammlung der Maurer von Bergedorf und Umgegend mit folgender Tagesordnung statt: "Stellungnahme wegen Maßregelung der Gesellen von Seiten des Maurermeisters Hölzer. Das Bureau wurde zusammengelegt aus den Kameraden Krümann, Brantmann, Bauer und Kässer. Der Vorsitzende teilte zunächst mit, daß er der Wichtigkeit der vorliegenden Tagesordnung halber eine öffentliche Versammlung einberufen habe. Die Angelegenheit, um welche es sich handle, liege so, daß drei Kameraden vom Maurermeister Hölzer entlassen werden seien. Als derselben dann bei einem anderen Meister in Arbeit treten wollten, erfuhren sie, daß Letzterer von dem Ersteren über die Entlassung briefly benachrichtigt worden sei mit dem besonderen Vermerk, daß Betriebsende seien durch die Entlassungsfest eine künftlich gemacht. Nach langerer Debatte über dieses Vorlommittel wurde folgende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen: „Wir Maurer von Bergedorf und Umgegend verpflichten uns, nicht eher bei dem Maurermeister Hölzer in Arbeit zu treten, bis er die Ehre der von ihm entlassenen Maurer wieder hergestellt, ferner denselben auf ein Jahr hier am Orte Arbeit verschafft und ihre Versammlung nachbezahlt hat.“ Hierauf erfolgte Schluß der zahlreich besuchten Versammlung. Noch teilten wir hierdurch mit, daß am gestrigen Abend der Vorsitzende des hiesigen Fachvereins, Kollege E. Koch, auf Denunziation seitens des obengenannten Meisters verhaftet worden ist, weil Letzterer den Letzteren künftlich aufgefordert hatte, den drei Gemahrengel auf ein Jahr Arbeit zu verschaffen, widergenfalls die Sparte über die Hände des Letzteren verlangt würde, was nun, wie oben mitgetheilt, von der öffentlichen Versammlung be schlossen und auch schon ausgeführt worden ist. Wie uns ferner mitgetheilt wurde, soll eine Anklage auf Er breitung gegen den Kollegen Koch erhoben werden. Vor Buzug nach Bergedorf wird strengstens gewarnt.

Wandsbeck. Der Fachverein der Maurer Wandsbecks hielt am 22. April eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Wie stellt sich der Verein seinen Mitgliedern gegenüber bei einer etwaigen Arbeitsaufstellung in Hamburg? 2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Fragestunden. Zunächst legte der Vorsitzende klar, daß sich die hiesigen zur Zeit in Hamburg arbeitenden Maurer mit den dortigen Kollegen künftig söhnen müssen, auch wenn es dort zur Arbeitsaufstellung kommen sollte. Um die eventuell auftretende Arbeit kommen zu unterstützen zu können, stellte der Vorstand den Antrag: sobald in Hamburg der Streik proklamiert sein wird, hat jedes arbeitende Mitglied des hiesigen Fachvereins pro Woche einen Taglohn abzugeben. Nach einer lebhaften Diskussion wurde jedoch

beschlossen, vorläufig abzumarten, was die Hamburger Kollegen betreifte der Auswärtigen beschließen würden. Nachdem dann beschlossen worden, am Freitag, den 25. April, eine Extra-Mitgliederversammlung abzuhalten und ferner einige innere Angelegenheiten erledigt werden, erfolgte Schluss um 10½ Uhr. — Am Freitag, den 25. April, tagte hierauf die beschlossene Extra-Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung. Der Vorsitzende teilte mit, daß nach den eingegangenen Erkundigungen die Hamburger Kollegen beihilflos hätten, es müsse dem Wandsbader Fachverein überlassen bleiben, Erörterungen betrifft des Streits zu treffen. Nachdem über mehrere diesbezügliche Anträge diskutiert worden war, wurde beschlossen: „Vom 25. April ist auf jedes Mitglied, welches nicht weniger als vier Tage die Woche arbeitet, 1 ½ Extrasteuer zu entrichten. Diese Steuer wird erhoben an jedem Sonntag von 10—12 Uhr Vormittags und zwar von Herrn Willebeit beim Gastwirth „Stein, Königsstraße“; von Herrn Cavier auf den Maurerberberge und von Herrn Kreuzfeld beim Gastwirth „Bayreuth, Hollstraße.“ Hierauf schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung um 10½ Uhr.

Gera (Kreis f. D.). Am 15. April hielt der hiesige Maurerarbeiter seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. Nachdem die Aufnahme von 20 neuen Mitgliedern, sowie die Vertheilung der neuen Mitgliedsarten stattgefunden hatte, wurde der Kassenbericht vorgelesen und für richtig befunden. Alsdann wurde die Vorstandswohl vorgenommen, welche durch Stimmenthalt erfolgte; es wurden gewählt die Kollegen: Hermann Huber, Vorsitzender, Karl Schmid, Kassier, August Moer, Schriftführer, welche mit einem Vant für das ihnen geschenkte Beitreten für die Sache des Fachvereins nach wie vor einzutreten verstanden. Dann erfolgte Schluss der Versammlung um 11 Uhr.

Königsberg i. Pr. Am 19. April fand in der Mägdestraße 55 eine Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Königsberger Maurer statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung des ersten Quartals. 2. Zweck und Ziel des Vereins. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Das Vorlesen der Abrechnung wurde verlängt, da viele Kollegen anwesend waren, welche der Vereinigung nicht angehörten. Den Nichtmitgliedern wurde deshalb der zweite Punkt der Tagesordnung um so eingehender erläutert mit der Aufforderung, sich unter Organisation anzuschließen, worauf 42 Kollegen sich in die Vereinsabteilungen einzeln liegen.

Königsberg i. Pr. Am 21. und 24. April fanden hier fast öffentliche Maurerversammlungen statt, in welchen über die Lage des Streits berichtet wurde. Es ließen zwei Berichte ein, nach welchen zwei weitere Unternehmer die Forderung bewilligt haben. Über einen Bau wurde die Sperre verhängt, dieser Tage aber wieder aufgehoben, da der betreffende Unternehmer die Forderung ebenfalls voll und ganz bewilligt hat. Bei einem Zwangsmaßnahmen fingen circa 30 Männer an, die zehntägige Arbeitszeit auch einzuhalten. Zum Schlusse der Versammlung wurde der „Grundstein“ warm empfohlen. Vor kurzem wird bis auf Weiteres bringen und gewarnt.

Wittenau. Am 20. April fand im „Belvedere“ eine sehr fast besuchte Maurerversammlung unter dem Vorsitz des Herrn G. Berger, Stau und H. Berger statt. Der Vorsitzende stand zunächst über die Beschlüsse der Meister vom 6. März v. J., nach welchen dieselben 10 Prozent Lohnherabsetzung beschlossen hatten. Darnach bekommen jetzt die hiesigen Maurer 33 ½ Lohn pro Stunde (vor dem Streit 27 bis 29 ½). Ferner wurde festgestellt, daß die Meister der Beliebtl. denjenigen Gelehrten, welche am 20. Mai v. J. die Arbeit nicht wieder aufnahmen, die Arbeit zu tun, noch nicht ausgeführt haben. Es wurde beschlossen, hierin eine abwartende Stellung einzunehmen, vorläufig aber in Rücksicht auf die gegenwärtigen Streits der deutschen Maurer keine Arbeitsunterstellung vorzunehmen. Der Kassier berichtete dann, daß die Sammlungen zum Unterstützungsfonds nur von Statten gegeben. Nachdem dann noch die Wichtigkeit des 7. deutschen Maurerkongresses in längerer Ausführung dargelegt worden war, beschloß die Versammlung, 2 Delegierte zu wählen; die Wahl fiel auf die Kollegen G. Berger und Alfred Heine, welche die Wahl dankend annahmen.

Bamberg. Auf Ansuchen von unserer Seite referierte am 27. April Kollege Högl aus Nürnberg in einer öffentlichen Maurerversammlung in längerer Rede über folgende Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Bewegung. 2. Der Maurerkongress in Erfurt. 3. Wahl eines Delegierten. Der Referent tadelte in sehr scharfer Weise die heutige Überproduktion und forderte die zahlreich erschienenen Kollegen auf, sich seit der Organisation anzuschließen. Weiter empfahl er noch die Verbesserung des „Grundstein“, indem das einzige Blatt sei, welches die Interessen der Maurer Deutschlands vertrete. Hierauf wurde der Referent einstimmig zum Vertreter der Maurer von Bamberg und Umgegend auf dem bevorstehenden Kongreß in Erfurt gewählt. Herr Högl erklärte hierauf, daß er mit vollster Kraft für die Bamberger Kollegen eintreten werde.

Flensburg. Wir bitten, den Zugang nach hier zu halten, da durch den Streit der Zimmerleute die meisten Bauten still liegen und ein großer Theil der Maurer dadurch arbeitslos geworden ist.

Die Lohnkommission der Maurer in Flensburg. **Stettin**. Am 21. April, Abends 8½ Uhr, tagte im Vereinslokale, bei Herrn Stau, die Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung der Stettiner Maurer und Fachgenossen mit folgender Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Berichtes. 3. Vitzgesuche. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verfasste der Kassier die Abrechnung vom ersten Quartal, welche von den beiden Meistern für richtig befunden und von der Versammlung auch anerkannt wurde, worauf der Vorsitzende dem Kassier die Deckung erteilte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde zwei Kollegen Rechtschluß gehabt. Ferner wurde ein Antrag angenommen, am 1. Mai ein Ver-

gügen zu veranstalten, bestehend in Konzert und Tanz. Von den eingegangenen drei Vitzgesuchen wurde eins abgelehnt, für die beiden anderen jedoch je 30 Mark bewilligt. Hierauf erfolgte nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten um 11½ Uhr Schluss der Versammlung.

Wismar. Am 26. April tagte im Lokale des Herrn Schröder eine Mitgliederversammlung der Vereinigung der Maurer Wismars mit folgender Tagesordnung: 1. Neuwahl des zweiten Vorsitzenden. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Hebung der Beiträge. 3. Verschiedenes. 4. Fragefragen. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde durch die Wahl des Kollegen St. in L erledigt. Nachdem der Beitrag erhoben war, ließen sich zwei neue Mitglieder annehmen, so daß die Vereinigung jetzt 69 Mitglieder zählt. Im „Verschiedenen“ wurde von mehreren Kollegen das Verhalten der Meister gegen unsere Vereinigung einer scharfen Kritik unterzogen. Der Vorsitzende ist nämlich von den Meistern gerechtigkeitsregelt worden und hat nur bei einem Baumunternehmer noch Beschäftigung gefunden und nun ist mehrere Mitgliedern von ihren Meistern empfohlen worden, aus dem Verein auszutreten. Hierauf legte Kollege St. in L in trefflicher Weise den Zweck und Nutzen des Vereins klar und ermahnte die Anwesenden, sich durch kleinere Vitzgesuche Eingehungen seitens der Meister irre machen zu lassen, sondern im Gegenseitig treu am Verein festzuhalten, was von der Versammlung mit lebhaftem Beifall angenommen wurde. Ferner beschloß die Versammlung, den 1. Mai durch eine gemeinsame Versammlung am Abend im Vereinslokal bei einem Glase Bier zu feiern. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. In der am 24. April abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Fachvereins der Maurer teilte der Vorsitzende zunächst das Resultat der am 22. April der vorigen Versammlung vorgenommenen Abstimmung über den Ausgabuhr des bisherigen Mitgliedes Kindberg mit. Der selbe ergab 189 für, 3 gegen den Ausfall. Dann stellte Herr Bömelburg unter Bezug auf den sowohl in der Petersstraße als auch in der Helsingsiden-Straße erlassenen Uras an die ebenfalls beschäftigten Arbeiter, nach welchen alle Dienstleistungen, welche dem geplanten Vereine der betreffenden Arbeiterbranche beitreten, sofort entlassen werden sollen, da die Anwesenden das Erreichen eines Druck auf die von ihnen frequentierten Betriebshäuser dahingehend auszuüben, daß die aus den genannten Brennereien stammenden Fabrikate nicht mehr geliefert werden. Zur Tagesordnung „Unserer Lohnfrage“ berichtete der Vorsitzende auf eine Interpellation seitens des Herrn Ortel, daß der Vorstand und die Kommission sich über das weitere Vor gehen schlüssig seien. Im Interesse der Lohnbewegung erschien er jedoch, sie heute von einer eingehenderen Versammlung dieser Angelegenheit Abstand zu nehmen. Nach langerer Diskussion wurde der Antrag des Herrn Bömelburg angenommen, noch vor dem 1. Mai definitiv den Lohnarbeitsfestzustellen. Der Vorstand wurde beauftragt, zum nächsten Dienstag oder Mittwoch zu diesem Zwecke eine Extraveranstaltung der Mitglieder in einem geeigneten Lokale abzuhalten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns den Altonaer Kollegen gegenüber, welche in Hamburg arbeiten, und die wöchentliche Extrasteuer nicht bezahlen?“ wurde nach langerer Diskussion die Regelung dieser Frage den Organisationen in den Hamburg nächstgelegenen Orten anheim gegeben. In Betreff des dann zur Verbreitung gelangenden Punktes: „Die monatliche Extrasteuer“ sprach Herr Becker den Wunsch aus, der Vorstand möge eine Anzeige des Inhalts veröffentlichen, daß die monatliche Extrasteuer neben der wöchentlichen in Geltung bleibe, da der Beitrag der ersten beschäftigten Meister an den Generalfonds der Maurer Deutschlands abzuliefern sei. Hierauf erfolgte der Ausgabuhr des Mitgliedes Zörl (vgl. Bericht in voriger Nr.) mit 186 von 189 abgegebenen Stimmen, da der selbe in einem in dänischer Sprache geschriebenen Briefe an den Vorstand die Erklärung abgegeben hatte, daß er die Einladung zur Versammlung keine Folge leisten werde. Nachdem dann noch über das Verhalten der am Bau des Maurermuseums Böger in der Norderstraße beschäftigten Kollegen Wulf und Köhne in Betreff künftigvoriger Sonntagsarbeit die Missbilligung der Versammlung ausgeprochen war, erfolgte Schluss der Versammlung.

Elmenburg. Am 21. April fand eine öffentliche Versammlung der Maurer Elmensburgs und Umgegend statt mit der Tagesordnung: „Die Lohnfrage“. Es handelt sich hier um die halbe Stunde, um welche seit alter Sitte an den Sonnabenden früher als an den Werktagen Feierabend gemacht wird. Nach langeren Verhandlungen hat nun ein Theil der Meister beschlossen, diejenigen, welche am Sonnabend nicht bis 6 Uhr arbeiten wollen, zu entlassen. In der dieserthalb unsererseits außerordentlichen Versammlung wurde nach kurzer Diskussion beschlossen, an den Sonnabenden nur bis 5½ Uhr zu arbeiten, auch wurde eine Kommission gewählt mit dem Auftrage, diesen Beschluss den Meistern vorzulegen und in einer öffentlichen Versammlung über den Erfolg ihrer Mission zu berichten, was auch am 26. April geschah. Die Lohnkommission berichtete, daß eine Einigung mit den Meistern nicht erzielt worden sei, indem leichter augenblicklich gerne die Gelehrten zu einer Niedrigung der Arbeit wegen des freitigen Punktes veranlassen möchten. Es sei daher ratsam, für den Augenblick die halbe Stunde an den Sonnabenden fallen zu lassen. — Dann ging die Versammlung zu der Frage der Beendigung des bevorstehenden Kongresses über. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß in plötzlicher Einsicht in diesem Jahre die Entsendung eines Delegations leichter auszuführen sei, als bisher, da sich die Anzahl der hierfür eingenommenen Kollegen vermehrt habe. Die Versammlung beschloß demgemäß und wählte einstimmig den Kollegen St. in L als Delegirten.

Charlottenburg. Eine ziemlich baldige öffentliche Maurerversammlung tagte am 20. April in der „Gambriusbrauerei“ unter Vorsitz des Herrn Willebeit. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wie unter unserer heutigen Agitation die von mir gestellte Forderung: neunstündige Arbeitszeit und 60 ½ Lohn pro Stunde, durchführbar, oder ist ein Streik notwendig, ev. wann gedenken wir dieselbe zur Durchführung zu bringen? 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Beendigung des nächsten Maurerkongresses und Wahl eines Delegirten. 4. Verschiedenes. Das Referat hielten die Herren Krästan und Hempel (Berlin). Die Redner warnten auf Grund der harten Konjunktur vor einer Arbeitsentstehung, weil selbige nur für die Meister nützlich sein könne, überhaupt könne durch genügenden Organisation ein Streik verhindert werden. Auf Vorschlag der Referenten beschloß die Versammlung, fünf Vertragsmänner zu wählen, welche mit den Meistern über die gestellten Forderungen verhandeln sollen. Es wurden gewählt die Kollegen Krause, Walter, Went, Blaue und Staudt, denen die Kollegen Schmidt, Moritz von Roth und Schulze als Revisoren zur Seite gestellt wurden. Dann wurde beschlossen, den bevorstehenden Maurerkongress durch einen Delegirten und zwar durch den Kollegen Willebeit zu beschriften. Nachdem dann der Vorsitzende die Sammlungen für den Generalfonds allen Anwesenden an's Herz gelegt hatte, wurde noch beschlossen, den ersten Mai als Feiertag festzusetzen.

Neustadt b. Görlitz. Die am 14. April im „Schwarzbürgers Hof“ tagende Versammlung des hiesigen Maurerfachvereins wurde um 7½ Uhr vom Vorsitzenden Herrn Meng eröffnet. Nachdem 25 neue Mitglieder aufgenommen und die Statuten verlesen waren, ermahnte der Vorsitzende die Meister, an immer engerem Zusammenschluß, da nur durch Einigkeit etwas zu erreichen sei. Auch die Kollegen Heer und Wenzel sprachen darüber. Dann erläuterte Kollege Heer die Bedeutung des 1. Mai, worauf nach langer Diskussion beschlossen wurde, eine öffentliche Versammlung am 5. Mai abzuhalten, in welcher die den Arbeiterschutz betreffenden Beschlüsse des internationalen Kongresses eingehend behandelt werden sollen. Von einer Manifestation am 1. Mai wurde der zu erwartenden polizeilichen Maßregeln halber Abstand genommen. Mit einer herzlichen Aufführung zum Abschluß auf den „Grundstein“ schloß absammt der Vorsitzende die Versammlung.

Borna. Am 23. April, Abends 6½ Uhr, fand hier im Lokale des Herrn Friede eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Unserer Lohnfrage. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Diskussion. Zum ersten Punkt der Tagesordnung trat der Kassier die Abrechnung vom ersten Quartal, welche von den beiden Meistern für richtig befunden und von der Versammlung auch anerkannt wurde, worauf der Vorsitzende dem Kassier die Deckung erteilte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde zwei Kollegen Rechtschluß gehabt. Ferner wurde ein Antrag angenommen, am 1. Mai in der „Vereinshalle“ eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: 1. Regelung des Streits. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Diskussion. Zum ersten Punkt der Tagesordnung legte Kollege Buisse klar, daß der Streit nicht mehr zu halten sei. Darauf stellte Kollege

Wohrens den Antrag, daß es nothwendig sei, den Streit aufzuheben, indem der Zugang hier sehr stark ist, und die hiesigen Verhältnisse keine Beschäftigung mehr finden können. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurden drei Revisoren gewählt, welche die Abrechnung des Streits revidieren sollen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der von Herrn Schötter gestellte Antrag, am 1. Mai Versammlungen sämtlicher Gewerkschaften abzuhalten und Petitionslisten an den Reichstag sowie Flugblätter über den arbeitsfördernden Arbeitsplatz zu verbreiten, einstimmig angenommen. Herr Buisse stellte alsdann den Antrag, Nr. 100 aus dem Generalsondes zu bewilligen für Flugblätter zum 1. Mai und diese Summe durch freiwillige Sammlung wieder zu erheben. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Ferner wurde auf Antrag des Herrn Becker beschlossen, Nr. 200 aus dem Generalsondes für die streitenden deutschen Maurer in Anbetracht der zahlreichen Kämpfe an die Geschäftsführung in Hamburg einzuzahlen. Zum Schlus wurde den streitenden Schlossern auf Antrag des Herrn Bösch eine Unterstüzung von M. 150 bewilligt.

Hannover. Die regelmäßige Mitgliederversammlung der Maurer vor Hannover-Linden fand am 22. April im "Ballhof" statt mit der Tagesordnung: 1. Die Arbeiterschutzgefechtung und deren Wert für die Arbeiter. 2. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende bekannt, daß der Kollege Bräuer verstorben sei; das Andenken des Verstorbenen wurde durch Erscheinen von den Söhnen geehrt. Sodann referierte Kollege Barnstorff über den ersten Punkt der Tagesordnung. Redner stellte in seinem lehrreichen Vortrage an der Hand der Statistik den Wert der Kranenkostensteigerung und der Inbaldeins- und Altersversorgung in das rechte Licht. Nach Schluss des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Erwagung, daß der Arbeiter bei der heutigen Produktionsweise nicht mehr für seine Arbeitsergebnisse erhält, als zum Leben dringend nothwendig ist; in fernerer Erwagung, daß die heutige Produktionsweise mit dem Prinzip des Arbeiters nicht in Einklang zu bringen ist, beschließt die heutige Versammlung, bei der hiesigen Kommunalbaubehörde dahin wirken zu wollen, daß in Zukunft alle Arbeiten nicht mehr durch Unternehmer, sondern durch Arbeiter gegen bestimmte Mindestlöhne, welche mit Sicherheit zu vereinbaren sind, sowie auch mit Integrität der vorläufig neuinständigen Arbeitszeit angenommen werden.“ Am "Befreiungstage" sprach noch Kollege Fröhle sich dahin aus, den Zugang nach hier so viel wie möglich fernzuhalten. Auch forderte Kollege Blinck die hier anwesenden freien Maurer auf, die Versammlungen recht fleißig zu besuchen, um bei der Rückkehr nach ihrer Heimat ihre Kollegen aufzufüllen, damit sie dann durch festes Zusammenhalten weniger genöthigt seien, abzureisen. Hierauf erfolgte Schluss der Versammlung.

Uettermünde. Am 27. März tagte hier in der "Tonhalle" eine öffentliche von 47 Personen besuchte Versammlung der Maurer vor Uettermünde und Umgegend mit der Tagesordnung: Beratung über die Wahl eines Delegierten nach Erfurt. Die Versammlung beschloß, dem Kollegen Ohm das Mandat für den siebten deutschen Maurertag zu übertragen. Wir hatten diese Versammlung zu 11 Uhr angemeldet, dieselbe wurde aber von der Polizeibehörde nicht genehmigt, weil derartige Versammlungen nur nach dem Mittagsausschluß abgehalten werden dürfen, infolgedessen hielten wir die Versammlung um 3 Uhr ab.

Altenburg. Am 18. April hielten wir im "Goldeyen Engel" eine öffentliche Maurerversammlung ab. Das Bureau wurde gewählt. M. Höbelbach als erster, G. Schau als zweiter Vorsitzender und G. Gehner als Schriftführer. Die Tagesordnung lautete: 1. Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. 2. Der bevorstehende Kongress der deutschen Maurer. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Beyer aus Leipzig einen Vortrag, in welchem er darlegte, daß zu einer guten gewerkschaftlichen Organisation vor allen Dingen eine gute Arbeiterliteratur gehöre; für die Maurer sei eine solche in ihrem Fachorgan, "Der Grundstein" gegeben, auf welchen zu abonniren jeder Maurer, der für die Organisation eingenommen sei, die Pflicht habe. Redner ging alsdann näher auf die heutige Situation im deutschen Maurergewerbe ein und legte den Anwesenden die Thethnahe an der Ausbringung von Mitteln zur Agitation und zur Streitunterstützung dringend an's Herz. Nachdem in der Diskussion über den Vortrag mehrere Kollegen die Ausführungen des Referenten unterstiftet hatten, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung beschlossen, den Kongress in Erfurt durch einen Delegierten zu beschildern; mit der Vertretung wurde Kollege Blinck betraut. Vor Schlus der Versammlung ließen sich dann noch 14 neue Abonnenten für den "Grundstein" einzeichnen.

Düsseldorf. Der Verein der vereinigten Maurer von Düsseldorf und Umgegend stellte bekanntlich im Januar an die Meister die Forderung einer Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung, welche jedoch von den Meistern als "unpraktisch" und "unerfüllbar" nicht beantwortet wurde. In dem Glauben, daß die "paar Mann aus dem Fachverein" nichts zu bedenken hätten, aufsetzen die Meister in der ihnen zugethanen Presse: Wenn sie streiken wollen, so sollen sie es nur thun! Sie, die Meister, hielten es ein halbes Jahr aus, ohne zu arbeiten. Die junge Vereinigung stand es aber, auf das Verhalten der Meister eine gerechte Antwort zu geben. Es wurde nämlich in der Mitgliederversammlung vom 16. April beschlossen, von der Lohnsteigerung-Abstand zu nehmen und mit die Arbeitszeitverkürzung zu eringen, und zwar in der Weise, daß auf jeden Aufstelle am 21. April eine 1½-stündige statt der bisherigen einstündigen Pause gemacht wurde. Bei denjenigen Meistern, welche hierin nicht einwilligen, sollte die Arbeit eingestellt werden. Einige Meister willigten, ihre Überprüfung über ein solches Vorgehen nicht verzögrend, ein, andere ließen die

Gesellen aufhören mit dem Bemühen, sie, die Gesellen, lämen doch bald wieder und wären froh, wenn sie wieder Beschäftigung hätten. Als dann aber Abends die Gesellen ihre Kranenkassenbücher, bzw. Fremdzettel holten wollten, war der Widerstand dieser Meister auch schon gebrochen. So ist der Sieg uner ohne Schaden und Streit. Einige Meister, bei welchen nur Düsseldorfer Gesellen beschäftigt sind, und an die das Verlangen der 1½-stündigen Mittagspause von ihren Gesellen daher nicht gestellt war, stehen freilich noch aus, jedoch werden sie davon vor unserer Seite aus auch keine Arbeitskraft erhalten, bis die einheimischen Männer auch endlich mal aus ihrem Schlafe erwachen.

Heide. Am 18. April fand hier im Vereinslokal eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Der diesjährige Kongress. 2. Verschiedenes. Das Bureau wurde zusammengekehrt aus den Herren Scheinecker, erster Ratzen, zweiter Vorsitzender und Geißelmann, Schriftführer. Zum ersten Punkt betonten die Herren Kellomann und Siebel eindeutig die Nothwendigkeit der Kongressbeschließung, weil wir durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen seien, nach Kräften für die Verbesserung unserer Lage einzutreten, um für Alle eine menschenwürdige Existenz zu erringen. Es wurde einstimmig beschlossen, einen Delegierten zu entsenden; mit der Vertretung wurde Herr Kellermann beauftragt. Zum zweiten Punkt wurde das Abonnement auf unser Fachorgan, "Der Grundstein", empfohlen und konstatiert, daß das Blatt verhältnismäßig nur von einer geringen Anzahl von Kollegen verarbeitet wird. Man sieht daraus, daß Vohntafse von den Meistern nicht umgehalten werden, sofern Letztere sehen, daß ein Profit dabei herauskommt. Es wurde die hiesigen Innungsmeister den Junggesellen nur 38 As Dohn pro Stunde bezahlen, obgleich mit den Gesellen ausföhrt ein Dohn von 42 As für jeden Gesellen vereinbart ist. Man sieht daraus, daß Vohntafse von den Meistern nicht umgehalten werden, sofern Letztere sehen, daß ein Profit dabei herauskommt. Es wurde billiger als wie der vereinbarte Dohn lautet, zu arbeiten, sondern lieber abzureisen. Ferner wurde beschlossen, dem Maurer Schmidt einen Befreiungsbefehl zugeschicken, weil er von unserem Vertrauensmann Geld geborgt und dasselbe nicht zurückgeliefert hat. In Rücksicht auf die große Zahl der zur Zeit im Gange befindlichen Streits unter den Geschäftsmännern in Deutschland wurde der Vertrauensmann beantragt, etwas Gelde an die Geschäftsführung abzugeben. Alsdann wurde die Versammlung um 11 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Wilhelmsbaden. Am 22. April fand hier ebenfalls eine öffentliche Maurerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl eines Delegierten zum diesjährigen Maurerkongress in Erfurt. 2. Verschiedenes. Das Bureau wurde aus den Kollegen Eisner und Laaser zusammengekehrt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde einstimmig der Beschluss gefaßt, einen Vertreter zum Kongress zu entsenden. Die Wahl fiel auf Kollegen R. Eisner, welcher dieselbe dankend annahm mit dem Versprechen, nach Kräften für das Gebein unseres Handwerks und die Verbesserung unserer traurigen Lage in Erfurt einzutreten. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurden verschiedene Vorfälle im Maurergewerbe am Orte hergehoben; unter Anderem wurde über das Treiben einzelner hiesiger Unternehmer berichtet, welche, wie es scheint, es sich zur Aufgabe machen, fremde Arbeitskräfte im Uebergang nach hier zu lösen, um den hiesigen Maurern bei der jetzigen Stauung Konjunktur die Crise noch mehr zu erschweren, und zwar werden mit Vorliebe die politisch-schreitenden Oberschicht als solche Verhandlungssubjekte genutzt, welche auf Freude der betreffenden "Auchunternehmer" wegen Mangels an Arbeit sich für jeden Dohn zur Arbeit anbieten. Daß wir hierdurch auf's Gröbste geschädigt werden, liegt klar vor Augen. Darum, Wilhelmshavener Maurer, aufgepaßt, ehe es zu spät ist! Hieran wurde den Anwesenden an's Herz gelegt, sich an den freiwilligen Sammlungen gut zu beteiligen, daß gestützte Überall dengind noch thut. Nach einer Auflösung zum Abonnement unseres Fachorgans, "Der Grundstein", wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die gefaßte Arbeitserweiterung von Vorsitzenden geschlossen.

Calbe a. S. Am 20. April fand hier eine öffentliche Maurerversammlung im Lokale des Herrn Bildt statt mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum Kongress. 2. Gründung eines Fach- oder Bauhandwerkervereins. 3. Wie verhalten wir uns zum 1. Mai? Zum ersten Punkt der Tagesordnung erläuterte der Vorsitzende die Nothwendigkeit der Beschilderung des Kongresses in Erfurt, worauf Kollege W. Börsdorf einstimmig als Delegierter gewählt wurde. Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde fallen gelassen mit der Begründung, daß die Kuriositäten unseres Gewerbes, denen der Fachverein gleich läumen und daher die Versammlungen freisetzte, wichtigt werden; wir haben hier noch nebenbei eine Verhandlungskasse, sogenannte Gewerkschafts, gegründet, der wir Alle angehören. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Wie verhalten wir uns zum 1. Mai? wurde einstimmig beschlossen, bis Mitternachts 3½ Uhr zu arbeiten. Am Abend findet ein Konzert mit daran anschließendem Ball statt, zu dem eine Antrittsrede von 1. Mann gehalten wurde. Nachdem dann nach verschieden innerer Ansprache erledigt waren, schloß der Vorsitzende um 6½ Uhr die gut geführte Versammlung.

Minden i. W. Am 25. April fand hier eine öffentliche Maurerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Der siebente deutsche Maurerkongress. 2. Der 1. Mai. In das Bureau wurden gewählt: die Herren Lüninger, Bekemeyer und Altavater. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte der Vorsitzende über die Bedeutung und den Wert des Kongresses unter Bezug auf die demselben gefestigte Tagesordnung. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit der Beschilderung des Kongresses einverstanden und wählte den Kollegen Lüninger einstimmig zum Delegierten für den siebenten Maurerkongress, der im Verhinderungsfalle durch den Kollegen Altavater vertreten werden soll. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erläuterte der

Vorsitzende zunächst die Bedeutung des 1. Mai b. J. und legte dann klar, daß es den hiesigen Verhältnissen nicht entsprechend wäre, wie es die hiesigen Tächer beschlossen hätten, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen. Die Versammlung beschloß, am 1. Mai zu arbeiten und Abends eine Versammlung abzuhalten mit der Tagesordnung: "Der achtfündige Arbeitsstag." Ferner wurde beschlossen, vom Vorsitzende an dem genannten Tage M. 50 einzufesten, wovon M. 30 zu Gunsten des Organs "Der Achtfündiger" bestimmt sind, während der Rest zu anderen guten Zwecken verwendet werden soll. Beim dritten Punkt der Tagesordnung handelte es sich um den Generalsondes der Maurer von Minden und Umgegend; es wurde vorschlagen, daß es im Betrieb der Weitwagen ebenso gehalten werde, wie im vorigen Jahre und zwar per Mann und Woche 10 As zu zahlen, was nach kurzer Debatte angenommen wurde. Zum Lehrlingswesen am Orte wurde konstatiert, daß hier eine Maßnahmestützung von Lehrlingen stattfinde, um die selben später zu Innungsgefesten auszubilden; es muß die erste Aufgabe des Fachvereins sein, diesem Nebel entgegenzusteuern. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Maurerbewegung geöffnet.

Röhr a. Rh. Am 15. April fand in der Restauration "Zur neuen Welt" eine öffentliche Maurerversammlung statt. Das Bureau wurde gemacht, wodurch die Kollegen Högl, erster, und Kippe, zweiter Vorsitzender, und Fritz Schriftführer. Über den ersten Punkt der Tagesordnung: "Wie läßt sich eine rege Agitation einführen, um unsere Forderungen durchzubringen?" referierte der Vorsitzende, welcher in längeren Ausführungen die Mißstände im Maurergewerbe klar legt und die Mittel und Wege, welche zur Verbesserung der Lage eingeschlagen sind, erläuterte. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurden die Verhältnisse am Bau des Justizgebäudes, welcher vom Maurermeister Streicher übernommen ist, besprochen; sodann wurde Kollege Büch in die Lohnmanifestation gewählt. Als dann kam die Frage der Manifestation am 1. Mai zur Sprache, wobei der Vorsitzende empfahl, diesen Tag als Feiertag zu betrachten. Nachdem dann noch das Abonnement auf den "Grundstein" und die "Arbeiter-Zeitung" empfohlen worden war, erfolgte Schlüß der Versammlung. Am 20. April fand wiederum eine sehr zahlreiche öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme der Maurer einverstanden und beschloß, veranlaßt durch das terroristische Vorgehen des Herrn B. Streicher, die Sperrre über genannten Unternehmer zu verhängen. Sodann wurde der Beschluss einer früheren Versammlung ausgeführt und der Vorsitzender des "Rhein-Merkur" des Lokals verwiesen. Zum Schlüsse wurde die Wahl eines Streikkomités vorgenommen. Aus der Wahl gingen hervor: die Herren H. Högl, A. Haller und H. Kranz. Die Versammlung wurde um 1½ Uhr geschlossen. Weiter tagte am 22. April eine impoante Maurerversammlung im "Schwanen". Im Auftrage des Streikkomites erstattete Herr Högl Bericht über die am Montag stattfindende Sperrre des Neubaus des Justizgebäudes. Nach demselben stehen dort von 70 beschäftigten Maurern nur noch 4 in Arbeit; welche jedenfalls im Laufe des Tages die Arbeit wiederlegen werden. Die Versammlung beschloß einstimmig auf Antrag des Komités, die übrigen Baustellen des Maurermeisters Streicher ebenfalls zu sperren, bis Senator Fritz verpflichtet, unsere Forderungen voll und ganz zu befriedigen. Die Versammlung sprach dann ihren Willen über das Vorgehen einzelner Schäftsleute den Streikenden gegenüber aus. Weiter wurde auf eine am nächsten Sonntag stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht und alsdann mit einem Hoch auf das Gelingen unserer Sache die tagende Versammlung geschlossen. — Am 24. April traten acht zugehörige Maurer am Justizgebäude in Arbeit, nachdem dieselben, aber erfahrene, doch über den Maurermeister Streicher die Sperrre verhängt sei, legten sie die Arbeit wieder nieder, zusätzliche ist der Bau wieder vollständig verethamt. — Die Situation ist also für die Geisten höchst glänzend. Wir bitten nun alle Arbeitgeber, vor Zugang nach hier zu warnen, da wahrscheinlich der Streit noch größere Dimensionen annehmen wird.

Maurer und Zimmerer. Am 19. April tagte hier eine wenig zahlreich besuchte öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, in welcher zunächst der Bericht über den Zimmererkongress von dem Delegierten erstattet wurde. Dann wurde die Wahl eines Delegierten zum Maurerkongress vorgenommen, welche auf den Kollegen Heinrich Müller fiel. Dann wurde zur Stellungnahme zum 1. Mai übergegangen und beschlossen, daß jeder, dem es irgend möglich sei, von Nachmittags um 4 Uhr ab zu feiern habe, da Abends um 8 Uhr eine große öffentliche Bauarbeiterversammlung stattfinde. Sonstige Vergnügungen sind nicht freigegeben worden.

Bauhändlerverein. **Osterburg i. Altmark.** Am 21. April fand hier im Schützenlokal eine von circa 60 Personen besuchte öffentliche Bauhändler-Versammlung statt. In das Bureau wurden gewählt: die Kollegen Becker, Kläden und Süde. Herr Böhm aus Hamburg stellte zum ersten Punkt der Tagesordnung einen Vortrag über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung, in welchem er vorzüglich die Nothwendigkeit der Erhaltung und Erweiterung des Koalitionstrechtes betonte. Meister Zöbe, der den Referenten zu überreden ver-

suchte, wurde von Leichterem gründlich abgesetzt. Als dann erläuterte der Referent die Bedeutung und die Aufgaben der Gewerkschaftskongresse und feierte die Anwesenden zu stetem Opfermuth und zur Ausdauer an, damit den im Lohnkampfe befindlichen Kollegen geholfen werden könne. Die Frage der Bezeichnung des Kongresses musste der vorgerückten Zeit halber zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Schluss der Versammlung 11 Uhr.

Gardelegen. Am 20. April fand im hiesigen Schützenhaus eine öffentliche, gut besuchte Bauhandwerkerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wie sind Arbeitseinstellungen zu verhüten? 2. Der bevorstehende Kongress der Maurer Deutschlands und Stellungnahme zu demselben. 3. Verchiedenes. Kollege Vimbach aus Hamburg referierte über den ersten Punkt der Tagesordnung zur Aufsiedelung der Anwesenden in einem längeren Vortrage, in welchem er überzeugend nachwies, daß nur durch eine straffe Organisation der Arbeiter aller Branchen die Arbeitseinstellungen verhindert werden können. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung wurde, da den Maurern in Gardelegen die Mittel zur selbständigen Entsendung eines Delegierten zum Kongreß beschlossen, das Mandat dem Kollegen F. Willbrandt in Hamburg zu übertragen. Zum letzten Punkte der Tagesordnung wurde folgendes Antwortschreiben des Meisters verlesen: „Bezugnehmend auf das Schreiben vom 16. April teilen wir die Unterzeichnenden hierüber mit, daß unserseits an der Forderung der selbständigen Arbeitseinstellung seitens der Gelehrten festgehalten wird. Schön mit Rücksicht auf die hiesige Bürgerlichkeit ist diese Forderung unerlässlich. Sie wollen die Unterzeichner des Schreibens vom 16. April hieron in Kenntniß legen. Blumme, Soester, Höpke, Beyer, Bechtig.“ Die Versammlung beschloß, an unserer Forderung festzuhalten und nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis erstere voll und ganz bewilligt sei. Hätten nur sämtliche Kollegen die Arbeit eingestellt, so wäre der Streik schon längst zu Gunsten der Gelehrten entschieden. Kollegen in Deutschland! Die Not ist groß! Heftet uns durch plausibele Unterstützung, damit wir den Sieg erlangen. Briefe sowie Gespendungen sind zu richten an W. Schmidt, Gardelegen, Göttinger Ring 413.

Welsdorf (Wieden). Nach langem fruchtbarem Dejihnen ist es nun endlich gelungen, auch hier einen Bauhandwerkerverein in's Leben zu rufen. Am 20. April fand zu diesem Zwecke eine öffentliche Maurerversammlung unter dem Vorsitz der Herren Kötter, Körber und Schlosser statt, in welcher Herr Holtz aus Köln am Rhein unter allgemeinem Beifall über die im Baugewerbe herrschenden Missstände, sowie über die Mittel, denselben abzuheben, referierte. Die den Vortrag mit größter Kluzernksamkeit verfolgende Versammlung beschloß, mit der Gründung einer Organisation sofort vorzugehen, worauf sich 44 Versammlungsbesucher in die ausgelagerten Mitgliedertische einzuhören ließen.

Weitzen. Am 16. April fand im hiesigen Thurnhauscafe eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Herr E. Klein aus Bautzen das Referat über die Tagesordnung: „Organisation und Agitation“ übernommen hat. Redner wußte durch seinen sachlichen, sehr gut ausführlichen Vortrag die volle Aufmerksamkeit der in dieser Versammlung sehr zahlreich Schienenen auffezeln und erzielte auch den wohlverdienten allseitigen Beifall. Leider ist es nur lebhaft zu bedauern, daß bisher noch genaue Zeit vergehen will, bis am hiesigen Platze die Gründung einer Organisation der Maurer und Zimmerleute in's Leben tritt, da ein großer Theil unserer Kollegen in der Umgegend ein kleines Besitzthum hat, und wohl gern selbst bestreite Zustände mit geneigten möchte, sich aber weber persönlich noch materiell an der Sache beteiligen will, sondern nur bereit ist, die Aktionen, welche Andere aus dem Feuer geholt haben, mit einzuhören. Außerdem werden unsere hiesigen Verhältnisse auch noch durch die Konkurrenz der ausländischen Arbeiter gedrückt.

Die Berichte von Garburg a. E., Köln a. Rh., Küstrin, Laage, Hildesheim und Rosenthalerhütte trafen erst am Dienstag hier ein und mußten daher zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Berichts-Chronik.

* **Zum Kapitel des großen Unfugs.** Zwei hiesige Maurergesellen erhielten fürztlich folgenden vom Amtsrichter A. D. i. e. s zu Neuhause an der Oste ausgesetzten Strafbeschluß:

Auf den Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Verhüttung, dadurch Unfug verübt zu haben, daß Sie am 28. Febr. d. J. auf Veranlassung eines angeblich unbekannten mit sozialdemokratischen Flugblättern und Stimmgabeln nach Neubaus d. O. reisten und dort in einer auffälligen das Publikum ungebührlich belästigenden Weise die sozialdemokratischen Stimmgabeln von Haus zu Haus vertheilten, dadurch eine so hochgradige Erregung der dortigen Bevölkerung verursacht, daß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Ihre Festnahme erfolgen mußte. Nebertretung gegen § 360 Nr. 11 des Str. G. B., wofür als Beweismittel bezeichnet sind Zeugnis des Gensd'armen Seebode in Neuhause d. O., eine der Staatspolizei gehörige Strafe von M. 5 und im Falle dieselbe nicht begegneten, werden kann, eine Haftstrafe von einem Tage festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten mit M. 1.20 auferlegt usw. Also jetzt ist auch schon das Verbrechen sozialdemokratischer Stimmgabel „großer Unfug“, wenn gewisse Leute über solche Verhüttung sich aufregen!

Eingesandt.

Aus Greifenhagen.

Werthe Kollegen und Verbrüdergenossen! Da wir uns seit Anfang dieses Monats im Streit befinden und wir lämmlich alte verkehrshafte Familien-

väter sind, welche mittellos dasehen und so zu sagen den letzten Noch schon nach dem Lehramt getragen haben, so bitten wir Euch, uns doch in unserem Kampfe zu unterstützen, damit wir den Sieg erringen. Wir machen alle Kollegen noch besonders darauf aufmerksam, daß wir nicht um Vohnerhöhung streiken, trotzdem wir ja auch nur Hungerlöhne erhalten, sondern, um die erste Arbeitsstunde abzuschaffen. Unser Wohnungswort ist: „Vorwärts, im Kampf um's Dasein und nimmer zurück!“

Werthe Kollegen und Verbrüdergenossen! Unterstützt uns soviel wie möglich; jede kleine Gabe ist uns willkommen. Die Unternehmer haben die Nachricht verbreitet, sie wollen uns aushungern. Kollegen, wir regnen auf Euch, damit diese Maßnahmen der Unternehmer zu Schanden werden. Wir stehen seit im Kampf und werden beweisen, daß Ihr Eure Unterstüzung keinen Unwirigen habt zu Theil werden lassen.

Briefe sind zu senden an C. Beiersdorff, Gelder dagegen an A. Fehlow, Zimmerer, Greifenhagen, vor dem Stettiner Thor.

Die streitenden Zimmerer von Greifenhagen.

Aus Berlin.

Niedriger hängen

wollen wir hiermit eine Leistung des Herrn Werner in Berlin. Derselbe hält dort, wie wir aus einem in Nr. 91 des „Ver. Volksblatt“ enthaltenen Bericht ersehen, in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung einen Vortrag über die Frage: „Wie stellen sich die Gewerkschaften zur weiteren Gründung von Fachgruppen?“

Schon dieses Thema läßt den in die Verhältnisse Einweihen erathen, woran es bei dem Vortrage abgesehen war. Und das war — um es vorweg zu sagen — Propaganda dafür zu machen, daß Gewerkschaften, die noch kein Organ, oder kein lebensfähiges haben, auf das „Ver. Volksblatt“ abonniren mögen. Diese Propaganda würde uns als eine rein geschäftliche nichts angehen, und wir würden ihr keine besondere Beachtung schenken, wenn Herr Werner nicht gewisse Behauptungen aufgestellt hätte, welche die Leser des „Grundstein“ interessieren dürften. Dem Bericht des „Ver. Volksblatt“ nach sagte er Folgendes:

„Man lebe jetzt in einer Zeit der Gewerkschaftskongresse. Auf allen diesen seien die Organsätze an ersten Stelle. Welche Stellung man dazu einzunehmen habe, sollte er untersuchen. Die Gewerkschaften bildeten die Rückgrat der Arbeiterbewegung. Die Politik sei das warme pulsirende Blut derselben. Sobald das Blut nicht in richtiger Weise durch den Körper rolls, verflüchtigte dieser die Funktionen strotzen. Die heutige Gewerkschaftsbewegung leide an dieser Verflüchtigung. Die Organisationen, die nicht in richtiger Weise geleitet werden, hätten viel Schuh daran.“ Seiche Redensarten seien Mode geworden, die der heutigen Zeit nicht entsprechen. Auf den Kongressen siehe sich Berlin und Hamburg stets gegenüber. Berlin, die Weltkarin der politischen Gewerkschaften, spielt auf den Kongressen eine traumatische Rolle. Sie steht mächtlos der Tradition der Hamburger und der Provinzialen gegenüber. Kommen die Betriebe schon mit gemachten Beschlüssen in der Tasche an, dann werde jede Streitfrage offen bleiben; das Jahr man an dem letzten Bauarbeiter und an dem Zimmererstande Berlin exemplifiziert auf das „Ver. Volksblatt“. Seit die Anfahrt der Berliner vertreten habe. Obgleich dasselbe früher der „Bauhandwerker“ früher als offizielles Organ der Maurer Deutschlands anerkannt worden sei, in Berlin ein neues Organ gegründet worden. Seit dieser Zeit tote in diesen beiden Blättern der Streit zwischen den Anfängen Berlins und Hamburgs. Bei solcher „geistigen Bänder“ mächtig demoralisirt werden.“

Es fällt uns nicht ein, mit dem Herrn Werner zu reden über die angebliche „Verflüchtigung“ der heutigen Gewerkschaftsbewegung. Diese Phrase wird jeder Mensch, der die Bewegung kennt und richtig zu deurtheilen vermag, mittelbar belächeln. Wie wissen ja, Herr Werner gehört zu denen, welche ein richtiges Urtheil nicht haben und bei denen die „seichten Redensarten“ tatsächlich die Stelle der prinzipiellen und sachlichen Gründen vertreten müssen.

Im Übrigen haben wir dem Herrn zu sagen:

Nicht Berlin und Hamburg stehen sich auf den Kongressen gegenüber. Die Sache liegt anders; die Kongressmajoritäten lassen sich die Annahme und Überhebung gewisser Berliner Herren nicht gefallen.

Es ist lächerlich, Berlin die „Veltkarin der politischen Bewegung“ zu nennen. Die ganze große Reihe der übrigen deutschen Städte, welche in der politischen Arbeiterbewegung mindestens so große Erfolge aufzuweisen haben, wie Berlin — z. B. Hamburg, Altona, Hannover, Bremen, Braunschweig, Frankfurt a. M., Überfeld, Solingen, Nürnberg, Leipzig, Mannheim etc. — werden sich höchst gegen die Annahme vertheidigen, was Berlin „geleitet“ zu sein und zu werden. Das gemeinsame Prinzip ist, daß die Arbeiterpartei leitende Macht — und diejenigen Männer, welche berufen sind, den Parteigenossen Leiter in Südländen auf die Tafel zu sein, sichen nicht in Berlin. Uebrigens aber wissen die Parteigenossen in dem übrigen Deutschland mindestens so gut wie in Berlin, was sie im Interesse der Sache zu thun und zu lassen haben. Die Berliner „Leitung“ ist eine Illusion des Herrn Werner.

Wahr hingegen ist, daß Berlin auf den Kongressen „eine traumatische Rolle“ spielt. Diese Rolle hat ihren Grund darin, daß so viele der Berliner gewerkschaftlichen Organisationen nicht in richtiger Weise geleitet und nicht das sind, was sie fördern und müssen fördern. Das gilt insbesondere von der Organisation, welcher Herr Werner angehört, der Maurerorganisation.

Was soll daher angeföhrt der Thatsache, daß alle anderen großen Städte auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Bestrebungen fast durchweg Besseres leisten wie — Berlin ohne zu berücksichtigen und ihre Wirkungen gegen die politische Bewegung zu vernachlässigen, — was soll dieser Thatsache gegenüber das einzige Gefolge gewisser Leute von der „Berliner Zeitung“? Damit bringt man nur die große Masse der Berliner

Arbeiter, die vernünftiger denkt und frei ist vom Fehler der Überhebung, draußen im Vande unverbientermaßen in Misskredit.

Wenn Herr Werner glaubt, durch Propaganda für das „Ver. Volksblatt“ die „traurige Rolle“ Berlins überwinden zu können, nun, so möge er felig werden in diesem Glauben. Mit uns sind aber noch viele Tausende ehrlicher und einschlauberischer Arbeiter der Überzeugung, daß es, um Berlin in einer seiner würdigen Rolle auszuweisen, sich nicht, wie in einer der letzten Maurerversammlungen gefagt wurde, darum handelt, Sammelfeier zu kämpfen, sondern darum, sich zu bewähren, etwas Besseres zu Stande zu bringen und die Ideale und Interessen der Kollegen im übrigen Deutschland zu achten.

(Wiederholung der Redaktion.) Die weiteren auf die Organfrage bezüglichen Aeußerungen des Herrn Eisenhers glauben wir weglassen zu können, da wir in unserer Artikel „Alter Unzug in neuer Ausfage“ dazu selbst das Wort nehmen.)

Briefstafeln.

Stolberg. Wenn Sie den „Grundstein“ aufmerksam gelesen hätten, mühten Sie doch wohl wissen, daß hier die **angenehmste Situation eine sehr kritische ist.** Wir können Ihnen daher nur raten, Düsseldorf auf einige Zeit zu meiden und auch überall in den Kreisen der Geschäftsgenossen vor Auzug hierher zu warnen.

Wittenberg. Der Kostenpreis der Anzeige ist bei derselben durch die eingetommerte Zahl angegeben. Einwendungen des Vertrages in Postwertzeichen ist jederzeit erlaubt. Gruß!

Stettin. In Ihrem Manuskripte war der Name des zweiten Kollegen, dem Rechtschutz gewährt worden ist, fortgelassen, wir haben daher den Namen des Kollegen F. ebenfalls nicht angeführt.

Lebe. Bitte die in Nr. 10 des ersten Quartals veröffentlichte Abonnementsquittung nachzusehen. Es ist das erste Quartal ebenfalls M. — 70. Wir berechnen also das zweite Quartal ebenfalls M. — 70. Wer verrechnet das zweite Quartal als Rest und schreibt die andere Hälfte auf das dritte Quartal d. J. gut, wie Sie auch aus der in dieser Nummer veröffentlichten Abonnementsquittung ersehen.

München. Das Wort „Fiascio“ stammt aus dem Italienischen und heißt zu deutsch: „Flausch“. Die Redensart „Fiascio machen“, d. h. Misserfolg haben, ist von der Bedeutunglichkeit des Claves hergeleitet.

Braunschweig. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Nachbestellungen nur dann mit der regelmäßig am Donnerstag früh hier abgehenden Hauptsendung effektiv werden können, wenn sie im Laufe des Mittwochs hier eintreffen. Bestellungen, welche erst am Donnerstag oder gar am Freitag in unsere Hände gelangen, verursachen nicht allein unnötige Postausgaben, sondern auch öfter Frischländer, wie z. B. in diesem Falle bei Ihnen.

Berlin, A. und Düsseldorf. Ihre Briefe lösten uns je 20 Pf. Strafporto.

Böhrisch. Ihre Frage ist zu allgemein gestellt. Ist der betr. Unfall im Betriebe und zwar auf der Baustelle eingetreten? 2. Ist eine versicherungspflichtige Person von dem Unfälle betroffen?

Berlin, B. Auch uns erfüllt es mit Bedauern,

dass wir gezwingt sind — gezwungen im Interesse der deutschen Maurerfahrt — wieder mal gewissen Leuten, die im „Ver. Volksblatt“ unter Berufung auf die Berliner Kollegen den alten Unzug der Blüte, Verleumdung und Beschimpfung über das unsaubere Handwerk zu legen. Das macht uns sicherlich kein Vergnügen, zumal in gegenwärtiger crarker Zeit, wo jede Zeile unseres Blattes der Bekämpfung der Gegner der Arbeiterklasse und der Auflösung und geistigen Stärkung der Kollegen dienen sollte. Aber richten Sie, bitte, Ihre Klagen nicht an uns. Ober glauben Sie, daß es der Geschäftsführung und unsre spezielle „Blüte“ sei, höchst demuthig still zu halten und schwiegend auszusehen, wenn es der Vereinsblatt-Gesellschaft gefällt, uns in brutalster Weise anzutempeln und zu verjagen, mit dem Röder der Blüte und Verleumdung im Trüben zu führen? Nein, werther Kollege, solch eine „Blüte“ gibt es nicht! Das „Ver. Volksblatt“ hat uns auf's Neue den Fehdehandlung hingeworfen: wir waren genötigt, ihn aufzunehmen. Und nun soll noch einmal das Treiben jener Gesellschaft den Maurern Deutschlands klargestellt werden. Sie lügen unseren Berliner Korrespondenten der Verbreitung wissenschaftlicher Unwahrheiten an; es wird sich zeigen, ob der Vorwurf berechtigt ist. Aber weshalb haben Sie in Ihrer Klage über den „neuen entbrannten Streit“ kein Wort des Tadelns für das „Ver. Volksblatt“?

Friedland. Wir erinnern wiederholt daran, daß wir alle Sendungen stänkern, Postabzüge für uns gerichtete Sendungen nicht gemacht werden dürfen. Sie refieren also noch 20 Pf.

Leipzig. Zweits genauer und zuverlässiger Beantwortung Ihrer Frage müßten wir einfach nehmen in das **Kassenstatut.** In demselben muß doch nach geheimer Vorstellung eine Bestimmung über die Verwendung des Kassenvermögens zu welchem auch die Späne gehören, bei Auflösung oder Schließung der Kasse enthalten sein. Gest diese Bestimmung dahin, daß über Verwendung des nach Erfüllung oder Sicherstellung der Zahlungsverbindlichkeiten der Kasse verbleibenden Vermögensrestes eine Generalveranlagung der Kassenmitglieder zu beschießen hat — und hat die betr. Generalversammlung vom 29. Dezember v. J. diese Bestimmung ausgeführt, so ist ihr Beschluss, die Späne dem Museum zu schenken, unanfechtbar. Das Gesetz schreibt für eingetriebene Hilfsfonden vor, daß von vorneherein in dem Kassenstatut Bestimmung über Verwendung des Vermögensrestes zu treffen ist. Solche Bestimmung darf nicht der letzten Generalversammlung oder der Urauflistung der letzten Mitglieder überlassen werden. Das Beste ist, senden Sie uns das Statut, sowie den

Eine Berichtigung,
betreffend den in voriger Nummer unseres Blattes enthaltenen Artikel „Zur Charakteristik der Berliner Maurerbewegung“ ist uns seitens des Leiters der betr. Versammlung, Herrn Kerstan, zugegangen. Da diese Berichtigung sich in beleidigenden Ausdrücken gegen unseren Korrespondenten wendet, so können wir dieselbe nicht würdig abdrucken; wir müssen uns auf Wiedergabe des Sachlichen beschränken. Herr Kerstan erklärt:

1. Herr Dietrich habe seine Genugthuung darüber ausgesprochen, daß die Differenzen unter den verschiedenen Branchen der Maurer Berlins beigelegt seien. Aber ihm erscheine ein Monatsbeitrag von 30 & für den Verein zu niedrig, deshalb müsse man in diesem 50 & betragen (unserem Korrespondenten nach hatte Herr D. gesagt, sie müchten „wenigstens dreimal höher“ sein).

2. Seine (des Herrn Kerstan) Ausführungen seien richtig wiedergegeben, ebenso die der Herren Hermann Schmidt und Scheel.

3. Herr Fiedler habe zur Sache selbst gar nicht gesprochen. Es sei ein Kollege aufgetreten, welcher erklärte, man möge Fiedler nicht zum Kongressdelegierten wählen, weil er unter dem Bogen gearbeitet habe. Hierauf habe Fiedler erwidert: man solle ihm wohl deshalb nicht wählen, weil er auf seinen Agitationstreisen für den „Grundstein“ eingetreten sei; dazu sei er als Vertretermann der Maurer Deutschlands und in Gemeinschaft der Kongressbeschlüsse verpflichtet gewesen.

4. Die Rede des Herrn Hanisch (die Berliner dienten sich auf dem Kongress, „nicht wieder das Heft aus den Händen winden lassen“ etc.) sei richtig wiedergegeben. Es selbst (Herr Kerstan) habe der Versammlung den Vorschlag gemacht, erst zu beschließen, ob der Kongress bestätigt werden sollte, dann die Faßt der Delegierten zu bestimmen und später über die von denselben auf dem Kongress einzunehmende Stellung zu sprechen. Der Vorschlag sei angenommen und sei sodann von ihm wie von einigen anderen Kollegen vorgeschlagen, 15 Delegierte zu wählen. Der Ausdruck, es müsse dies deshalb geschehen, um die Hamburger zu überstimmen, sei nicht gefallen. Seine (des Herrn Kerstan) Abfahrt sei die: den sehr vielen jungen Organisationen in der Umgegend Berlins, welche gern auf dem Kongress vertreten sein möchten, aber keine Mittel dazu hätten, die Vertretung zu ermöglichen. Würde man nun von Berlin ebenfalls wieder einen kleinen Bruchteil gewählt haben, so würde jeder Delegierte 5–6 Mandate erworben haben, und das ist nicht nötig.“

Dieses der sachliche Theil der Berichtigung des Herrn Kerstan. Derselbe bezüglicht unseren Korrespondenten der wissenschaftlich unkenntlichen Berichterstattung, eine Beleidigung, gegen welche dieser wohl Stellung nehmen wird. Wir erlauben uns für heute nur die Bemerkung: daß es doch höchst merkwürdig sein dürfte, wenn man für die Wahl von 15 Delegierten keine näheren Gründe anzugeben hätte, als diejenigen, welche von Herrn Kerstan in Rückicht auf die Organisationen in der Umgegend Berlins geltend gemacht worden. Die Mittheilungen unseres Korrespondenten für unten vorstehend zu erachten, da sie hatten wir und haben wir auch jetzt noch keinen Grund, zumal Angriffe auf die Kongresse und die Geschäftsführung in Berlin ja leider nichts Seltenes sind.

Anzeigen.

An die Maurer Deutschlands!

Da bisher noch verhältnismäßig wenig Anzeigen über den Vollzug der Delegiertenwahlen für den am 27. d. M. beginnenden Kongress der deutschen Maurer bei der unterzeichneten Geschäftsführung eingegangen sind, so werden die Kollegen allerorts, wo die Wahl noch nicht stattgefunden hat, erucht, dieselbe möglichst in nächster Woche vorzunehmen und die Resultate der Wahlen nach hier an die Adresse des Herrn J. Stanning einzusenden, damit rechtzeitig für die Unterkunft der Delegirten in Erfurt georgt werden kann.

Bei dieser Gelegenheit machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß jeder Delegirte mit einem nach Maßgabe des in Nr. 12 d. Bl. dem Aufruf zur Beschildung des Kongresses beigelegten Formulars ausgefertigten Mandat versehen sein muß.

Mit kollegialischem Gruß

Die Geschäftsführung der Maurer
Deutschlands.

Hamburg, Anfangs Mai 1890.

Maurer-Kranken- und Begräbnisskasse (C. H.)
zu Leipzig
in Liquidation.

Die Generalversammlung findet Sonntag, den 11. Mai d. J., Vormittags 10½ Uhr, im Pantheon statt.

Tagessordnung: 1. Vorlage des Jahresberichts, sowie dessen Aufzüchtung. 2. Bericht des Revisoren.

3. Verschiedenes, die Inventarfrage betr. z. c.

Ohne Mitgliedsbuch unwiderruflich kein Zutritt.

N.B. Die Mitgliedsbücher können beim Kollegen Döbler, Friedrichstraße 32, part. in Empfang genommen werden; ebenso sind noch restriktive Beiträge dasselbst baldigst zu entrichten, da dieselben nunmehr gerichtlich eingezogen werden.

[M. 2.50] Die Liquidatoren.

Achung!

Unter Bezug auf den in voriger Nummer von der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags in Halle a. S. gefassten Beschuß, eine Petition an den Reichstag um Anerkennung der vom internationalen Arbeiterkongress in Paris gefassten Beschlüsse betreffend, teilen wir unseren werten Lesern mit, daß

Petitionsformulare

durch die unterzeichnete Expedition kostenfrei zu beziehen sind. Diejenigen Kollegen, sowie Freunde der Arbeitersache, welche sich um Sammlung von Unterschriften bemühen wollen, erfüllen wir um Angabe der gewünschten Zahl von Formularen, mit der Bitte, die ausgefüllten Formulare baldmöglichst zurückzusenden. Die dadurch entstehenden Portoausgaben werden auf Verlangen zurückgestattet.

Mit Gruß

Die Expedition des „Grundstein“:
Hamburg, Gr. Theaterstr. 44, I.

Zur allgemeinen Beachtung.

Ausgesperrt von den Meistern sind die Kollegen in Grabow, Ludwigslust, Stendal, Trier, Gardelegen, Köln a. Rh. und Hildesheim. Weiter befinden sich im Vohnkampfe die Kollegen in Dessaу, Nienburg a. W., Stettin, Königsberg, Calvörde, Naumburg a. S. und Frankfurt a. O.

Deutsche Kollegen! Thut Eure Geldbenteil auf!

Volksäre Güte thut überall dringend noth!

Sämtliche zur Unterstützung bestimmten Gelder sind den Kongressbeschlüssen gemäß nur an die Geschäftsführung der deutschen Maurer und zwar an die Adresse des Kollegen F. Wilbrandt, Hamburg, Kleiner Pulverteich, Mariaterasse 4, erste Etage, zu senden.

Da der mehrfachen Aufrufserbung, sofort an die Geschäftsführung Nachricht zu geben, wo für die im Vohnkampfe befindlichen Kollegen Beschäftigung zu finden ist, bisher nur von wenigen Orten Folge gegeben ist, eruchen wir wiederholt, diese Aufrufserbung zu beachten. Desbezügliche Meldungen sind zu richten an die Adresse des Herrn F. Stanning, Gr. Theaterstraße 44, erste Etage.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinheimer, Gipser (Weißbinder) und Stofflateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingeschriebene Hülfekasse Nr. 7. Sitz: Altona.)

In der Woche vom 20. bis 26. April sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Leipzig M. 150, Altona 200, Stettin 400, Mühlchen 200, Gr. Seelbahn 50, Würzburg 100, Piesenhagen 150, Worms 11.37, Barleben 50, Breslau 200, Lindenfelde 77.52, Hammarburg 1000, Landshut 60, Zwischen 50. Summa M. 2748.89.

Zuschüsse erhalten: Die örtliche Verwaltung in Hainstadt M. 100, Mühl. Grumbach 100, Belpke 200, Lortz i. L. 50, Schwerin i. M. 100, Fehrenbach 150. Summa M. 700.

N.B. Das Bureau der Kasse befindet sich jetzt: Friedrichsbaderstraße Nr. 28.

C. Neiß, Hauptkassirer.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinheimer, Gipser (Weißbinder) und Stofflateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Filiale Kiel.

Mitgliederversammlung Mittwoch, den 7. Mai, Abends 8 Uhr, im Vokale des Herrn J. Wurm, Alte Reihe, Um zahlreiches Er scheinen bitte!

[M. 1.35.] Der Filialvorstand.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinheimer, Gipser (Weißbinder) und Stofflateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Filiale Eppendorf.

Mitgliederversammlung am Sonntag, den 11. Mai 1890, Nachm. 4 Uhr, im Vokale des Herrn Schubbel, Eppendorfer Landstr.

Tagessordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung.

2. Delegiertenwahl. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimirt.

[M. 1.80.] Die Ortsverwaltung.

Zachverein der Maurer in Kiel.

Am 8. Mai findet die regelmäßige Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer Kiels und Umgegend statt.

Tagessordnung: 1. Wann halten wir unser Stiftungs fest ab? 2. Wie oft halten wir die Mitgliederversammlungen ab? 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Aufforderung.

Diejenigen Kollegen, welche bisher ihren Verpflichtungen gegen den Fachverein der Maurer Kiels und Umgegend, betreffs der Gewerbeabgabe, nicht nachgekommen sind, werden hiermit aufgefordert, dieses sobald wie möglich zu begleichen, wobei falls auch die Namen derselben veröffentlicht werden. [M. 2.55.] Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinheimer, Gipser (Weißbinder) und Stofflateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Filiale Hamburg.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 7. Mai, Abends 8½ Uhr, im Vokale des Herrn Reuter, Spitalerstr. 61.

Tagessordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl der Delegirten. 3. Verschiedenes.

Der Filialvorstand.

Der Fachverein der Maurer zu Wittenberg feiert am 3. Mai sein erstes Stiftungsfest durch einen Ball in Süder's Garten, wozu alle Kollegen von Nah und Fern freundlich eingeladen werden. Anfang Abends 8 Uhr. [M. — 75.] Der Vorstand.

Abonnements-Quittung.

Für das vierte Quartal 1889:

Göttingen, S. (Reft) M. 6.

Für das erste Quartal 1890:

Minden, L. (1. und 2. Rate) M. 42; Hamburg, M. (Reft) 361.30; Stadthagen, L. 18.80; Elmshorn, D. (Reft) 2.40; Plauen, S. 5.80; Warnemünde, S. 5.80; Geestemünde, B. 44.50; Lüneburg, S. (Reft) 1.10; Göttingen, S. 9; Berlin, M. (Reft) 1; Magdeburg, S. (Reft) 8.90; Cottbus, R. 9.

Für das zweite Quartal 1890:

Kröpelin, L. M. 7.80; Mösch, B. 9; Duhnen, O. 1.40; Langermeinde, S. 8.80; Wismar, B. 20.70; Pöbzig, G. 1.40; Neu-Lütum, E. 1.40; M. Ostholz, S. 1.40; Thale, S. 1.20; Neumünster, B. 40.60; Lasfelde, B. 1. (Rate) 1.50; Gr. Lüthau, B. 6; Crefeld, S. 6; Elmshorn, D. 26.40; Gütersloh, R. 32; Dargun, B. (1. und 2. Rate) 4; Eldena, B. 1.40; Berchen, S. 1.40; Münster, S. (2. Rate) 3.80; Stolp, R. (2. Rate) 22.30; Oldersleben, S. 9; Görlitz, S. 1.40; Mienhagen, B. 2.40; Leiferde, D. 3; Lüneburg, S. 36.50; Crivitz, G. 7.65; Amelinghausen, S. 1.80; Lehe, S. (Reft) — 70; Immenhausen, E. 3; Schleswig, K. 1.40; Berlin, B. 1.40; do, B. 1.40; Groß-Görsdorf, S. 1.40; Friedland, M. 4; Podbiest, W. 1.40; Zehlitz, S. 1.40; Friedland, M. (1. Rate) 8.80; Mainz, S. (1. Rate) 24.

Für das dritte Quartal 1890:

Langermeinde, S. (1. Rate) M. 1.20; Münster, S. (1. Rate) — 80; Lehe, S. (1. Rate) — 70.

Solidarität!

Arbeiter! Nur Güte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißleder tragen, bietet Garantie, daß den Verkäufern gerechte Währung wird.

Buy only Güte with this Mark!



Literarisches.

Zum 1. Mai!

Soeben ist in unserem Verlage erschienen:

Der achtständige Arbeitstag
und die Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris.

Bon.

Carl Raatsch.

Vier Bogen Olympia. Preis 30 S. Partienpreis billiger. Bestellungen erbitten sofort.

Nürnberg. Wörlein & Comp.
NB. Für Einzel-Exemplare ist der Betrag nebst 10 S. Porto in Briefmarken vorher einzuzahlen.

Hierzu eine Beilage.

Druck von J. H. W. Diez, Hamburg.

Glücksburg. Jahr Gewerkschaftsbewegung der Maurer Hamburgs.

Zu Unbedacht der ersten Situation, in welcher die Maurer Hamburgs sich gegenwärtig befinden, dürfte ein Rücksicht auf deren gewerkschaftliche Bewegung besonders interessant und lehrreich sein.

Der Anfang dieser Bewegung fällt mit der Einführung der Gewerbebefreiung im Hamburgerischen Staat, am 1. Februar 1865, zusammen, als die letzten zünftlerischen Fesseln und Beschränkungen fielen.

Damals stand der Lohn für 11stündige Arbeitszeit auf 33 Schilling Courant. Zwischen Osten und Pfingsten deselben Jahres traten die Maurer und Zimmerer in die Lohnbewegung ein. Bei letzterem kam es zum Streit, der jedoch im Ganzen rexitualis verlief; bei dieser Gelegenheit ereignete es sich, daß die Polizei für „Abzug“ sorgte, indem sie alle unverheiratheten Gesellen, die keine Erbschaft nachweisen konnten, einfach zwangsweise zum Thore hinaus expedite.

Bei den Maurern beschwerte sich die Thatigkeit auf Versammlungen, in denen ein jetzt noch lebender Maurermeister (damals Parler) große Brandreden zu halten pflegte. Die Meister verstanden sich nach und nach dazu, den Lohn zu erhöhen; gleich nach Pfingsten 1865 zahlten die Meister von ihnen 2 Mark Ert. 8 Schilling = 8 Reichsmark. An Arbeitszeitverkürzung dachte damals noch Niemand.

So blieben die Verhältnisse bis zum Jahre 1870. Im Jahre zuvor — nachdem am 21. Juni 1869 die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund mit ihren Sozialrechtsbestimmungen in Kraft getreten war — hatte sich hier eine Mitgliedschaft des in Berlin unter Grottau's Präsidium dominierenden „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauser-Vereins“ gegründet, welche zwar nicht sehr zahlreich war (sie zählte etwa 500 Mitglieder), aber doch diejenigen Elemente in sich barg, welche den alten Zunftstug abholt, einsah, daß eine den veränderten Verhältnissen entsprechende neue gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter geschaffen werden müsse. In den Versammlungen der Vereinsmitgliedschaft wurde mit Nachdruck die Lohnfrage erörtert; zugleich begann die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit die Geister zu beschäftigen. Man beschloß, von den Meistern die Erhöhung des Lohnes auf 3 M. Ert. = 3 M. 60 Pf. Reichswährung und 1½stündige Mittagspause am Stelle der seitherigen einstündigten zu fordern. Die Meister begegneten voll hoher „fiktiver Entrüstung“ diese Forderungen als „unehrbare“ und lehnte sie rundweg ab, ohne auf die von den Gesellen vorgesetzten Verhandlungen einzugehen. Die Mitglieder der Gesellenkommission wurden von ihnen als hergelauft „Jungen“, „Faulenzer“ und „Aufseher“ bezeichnet. „Jeder Meister — so erklärten die Herren — hat mit seinen Leuten allein zu verhandeln.“

Die junge Organisation war nun vor eine Feuerprobe gestellt. Am Sonntag nach Pfingsten wurde in einer Versammlung der Gesellen der leider recht verhängnisvolle Beschluß gefaßt, in den Streik einzutreten. Nachdem derselbe vier Wochen, ohne auch nur annähernd genügende Unterstützung, gebraucht hatte und eine ziemliche Masse der Streikenden abtrünnig geworden war, fand anlässlich der Verhaftung der Mitglieder des Streikkomites, der Kollegen Hartwig und Baumann (diese Verhaftung gehörte in einer Versammlung ein Utauf zu der Maurer und Zimmerer vor dem Stadthause statt, der durch die Polizeimacht gesperrt wurde).

Infolge dieses Vorommittses wurden den Streikenden von der Polizei keine Versammlungen mehr gestattet. Wenige Tage später brach der deutsch-französische Krieg aus — und nun war es vorbei mit dem Streik. Die Gesellen nahmen bedingungslos die Arbeit wieder auf, soweit von einer solchen unter den schlimmen Verhältnissen noch die Rede sein konnte. Die Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Maurer-Vereins aber zerfiel.

Erst im Winter des Jahres 1871/72 gelang es, einen Theil der Verstrengten wieder zu sammeln und eine neue Mitgliedschaft zu gründen. Die Versammlungen derselben beschäftigten sich vorwiegend mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung, welche dann in öffentlichen Versammlungen weiter diskutiert wurde. In einer solchen wurde eine Kommission zum Zwecke der Verhandlung mit den Meistern eingesetzt. Die Situation war den Gesellen günstig. Die Meister gingen auf die Verhandlungen ein — und am 15. Juni 1872 trat bei allen Meistern die 10½stündige Arbeitszeit in Geltung.

Mittlerweile war infolge der rasche zunehmenden Baufähigkeit auf vielen Baustellen der Lohn um 4 bis 6 Schillinge gestiegen. Ein einheitlicher Lohn gab es nicht, da eine große Anzahl der Meister an dem Satz von 1 Thaler als Normal-Tagelohn festhielt. So entstand in der Gesellschaft ein bis zum Frühjahr 1873 stets wachsendes Drängen nach Lohn-erhöhung, beginnend einheitliche Regelung des Lohnes. Damals es Ende Mai auf einer Baustelle des Zimmermeisters Hinze zur Arbeitseinführung, worauf sämtliche Zimmermeister die Gesellen entsetzen. Die Maurer beschlossen, für die Ausgeschlossenen unterstündig einzutreten. Die Folge davon war, daß nach 14 Tagen auch die Maurer auf's Pflaster gesetzt wurden. Die Ausgeschlossenen verließen in heller Scharen die Stadt, was die Meister veranlaßte, britisches und italienisches Maurer zu importieren.

Setzens des Streikkomites wurde, auf Grottau's Anrathen, bestimmt, daß nur bei den Steifern die Arbeit wieder aufgenommen werden dürfe, welche 4 M. Ert. = 4.80 Reichsmark und außerdem eine nach Kopfbild der beschäftigten Gesellen festgesetzte Wette an den „Allgemeinen Maurer- und Steinhauser-Verein“ (welcher damals hier etwa 1200 Mitglieder zählte) zahlen würden.

Eine kleine Anzahl, meist großer Unternehmer, ließ sich in Rücksicht auf die Dringlichkeit ihrer Arbeiten auf dieses Taktisch nicht gerade lange Verlangen ein. Die große Masse der dem damaligen Meisterbunde angehörigen Unternehmer jedoch erklärte, wohl den verlangten Lohn nicht, aber auch die Wette zahlen zu wollen. Unter ihrem Einfluß gründeten sodann eine Anzahl von dem Vereine feindlicher Parlier und Gesellen unter dem bezeichnenden Namen „Club Treue“ eine Sondervereinigung, welche Maurer, Zimmerer und Arbeitsleute umfaßte und aus der „Baugewerkschaft Hanse“ entstand. Aus Mitgliedern des „Club Treue“ bildeten die Meister nach eigenem Gefallen eine sogenannte „permanente Kommission“, mit welcher sie die Arbeitsbedingungen „vereinbarten“ wollten.

Um nur die Thatache, daß sie, der Hofft gehorcht, die Lohnforderung der Gesellen bewilligt, zu bemainten, seien sie aus freien Stücken den Lohn auf 4 M. 2 Ert. = M. 4.95 pro Tag fest. Dieser Lohnsatz wurde im Frühjahr 1873, beim Eintritte der Münzbehörde, der bequemeren Be- und Berechnung halber in einen solchen von M. 5. verändert — woraus sich dann allmählig bis Anfang der achtziger Jahre der Stundenlohn von 50 Pf. entwickelte.

Unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes löste sich im Jahre 1878 die Organisation der deutschen Maurer im darauß von einer Anzahl Unternehmer geprägte Versuch, den Stundenlohn auf 40 Pf. herabzuleiten, hatte vielfach Erfolg.

Als es dann im Jahre 1882 nach vieler Mühe gelang, den ehrigen Fachverein in's Leben zu rufen, handelte es sich für denselben zunächst darum, das verlorene Terrain wieder zu gewinnen, was in verhältnismäßig kurzer Zeit auch gelang. Um so energetischer konnte der Fachverein nunmehr daran gehen, auf notwendige Reformen im Baubetriebe (Errichtung von Baubuden, Abbeden der Balkenlager usw.) hinzuwirken. Die Meister waren geneigt, sich diesem Bestreben zu folgen.

Im Jahre 1887 wurde durch Beschluß des Fachvereins ein Normal-, bezw. Mindestlohn von 60 Pf. pro Stunde festgesetzt, nachdem derselbe infolge der besonders günstigen Geschäftsverhältnisse von vielen Meistern freiwillig gezahlt worden war.

Dabei ist es geblieben bis jetzt. Das Weiteres ist bekannt.

Aus dieser Darstellung ist zu erkennen, daß es nicht etwa der Streit, sondern lediglich die Macht und der Einfluß einer guten, dauernden Organisation ist, worauf die Verbesserung der Lage der biesigen Maurergesellschaft zurückzuführen ist. Diese Thatache muß bei allen fernherin zu unternehmenden Schritten fest im Auge behalten werden. Heute mehr als je zuvor ist wahr, was auf der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauser-Vereins zu Berlin im Jahre 1873 der Hamburger Delegierte, Kollege Schönig, sagte:

„Je tüchtiger die Organisation, je weniger Arbeits-einstellungen werden wir haben. Durch verlorene Arbeits-einstellungen aber wird die Lage der Arbeiter nicht verbessert, sondern nur verschärft.“ Hoffen wir, daß es dem Fachverein der Hamburger Maurer gelingt, eine Beilegung der gegenwärtigen Differenzen ohne Streit zu erreichen.

Der Kongress der Bauarbeiter Deutschlands, welcher vom 8. bis 12. April in Hannover tagte, war von 57 Delegierten, welche 52 Städte vertraten, besucht. Den Vorsitz führte Herr Tesch. Hamburg. Der selbe erstattete Bericht über die Thatigkeit der Agitationskommission, woraus zu entnehmen, daß die Bewegung der Bauarbeiter seit dem letzten Kongress anerkennenswerthe Fortschritte gemacht hat. Der von Herrn Lange-Hamburg erstattete Kassenbericht weist aus, daß die Einnahmen sich im vergangenen Jahre auf M. 3647,59, die Gesamtausgaben dagegen sich auf M. 1729,42 beziehen, es verbleibt somit ein Kassenbestand von M. 1918,17. Dem Kassire wurde Discharge erteilt.

Über Punkt 1 der Tagesordnung: „Centralisation oder lokale Organisation“ entspann sich eine lange Debatte, in welcher Herr Hamann-Hamburg entschieden für die Centralisation eintrat. Doch wurde auf Antrag des Herrn Berger. Stettin folgende Resolution beschlossen: „Der Kongress steht im Prinzip auf dem Boden der Centralisation. Er erachtet es aber unter den heutigen Verhältnissen noch nicht für geboten, eine Centralisation einzuführen, sondern ist bestrebt, in allen Orten, wo noch keine Volksorganisation besteht, solche zu schaffen und zu fördern, ferner mit allen nichtgewerkschaftlichen Arbeitern, wo die britischen Verhältnisse es verboten erscheinen, sich zu vereinen.“

Bei der Debatte über die Wahl einer Agitationskommission wurde von Berliner Delegierten die Verlegung des Sitzes dieser Kommission von Hamburg nach Berlin gefordert, weil — man sah — die seitherige Kommission in Hamburg für die Centralisation eingetreten sei!!! Mit großer Majorität wies der Kongress dieses unmotivte Verlangen zurück und entschied sich für Hamburg. Da die Kommission wurde gewählt die Herren Tesch, Lange, Elbe, Hamann, Winkelmann, Evers und Kreuz.

In Betreff der Organfrage wurde beschlossen, das Fachblatt fortan unter dem Titel „Der Arbeiter“ Organ für sämtliche Bau- und gewerbliche Hülfsarbeiter, deren Hülfsklassen und freie Vereinigungen“ erscheinen zu lassen.

Die Debatte über den Maximalarbeitsstag fand ihren Abschluß durch Annahme folgender Resolution: „In Erwägung, daß der Hauptfeind der deutschen Arbeiterbewegung, der Unterstand in unseren Reihen, nur durch Erringung der nötigen Masse für unser-

Gesellschaftsbildung besiegt werden kann; in Erwägung, daß eine durchgreifende Aufzessierung unserer Lage nur mit seitenden Arbeitern zu erreichen ist; in ferner Erwägung, daß die Zahl der Arbeitslosen, wenn auch nur vorübergehend, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit verringert wird, während der Arbeitslohn steigt, erklärt der zweite Kongress der Bauarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands zu Hannover die Förderung eines Normalarbeitsstages als die Grundlage jeder Sozialreform und schließt sich in allen Theilen der Bewegung zu Gunsten eines achtstündigen Arbeitsstages an.“

Nach längeren Debatten über Arbeiterschutz gelangten folgende von Herrn Tesch. Hamburg bezw. Pein. Hamburg eingebrachte Resolutionen zur Annahme:

„In Erwägung, daß die Schubvorrichtungen an Bauten, wie die Baubergergenossenschaft es vorzieht, nicht vorhanden sind, und in Erwägung, daß die Baubuden mangelhaft, zum Theil garnicht vorhanden sind, resp. der Gesundheit der Arbeiter nicht entsprechen, so verspricht der Kongress der Bauarbeiter und Berufsgenossen zu Hannover, dahn zu wirken, solche Nebestände abzuschaffen. In ferner Erwägung, daß der Arbeiter unter der heutigen modernen Produktionsweise schwach dasteht, während der Ertrag seiner Arbeit zum größten Theil dem Unternehmerthum zu Gute kommt, so spricht der Kongress sich aus, so viel in seinen Kräften steht, darnach zu streben, daß internationale Arbeiterschutzgesetze geschaffen werden.“

Der zweite Kongress der deutschen Bauarbeiter und verwandten Berufsgenossen zu Hannover erkennt die hördlichen Maßnahmen zum Schutz der Bauarbeiter und Berufsgenossen voll und ganz an, beläßt jedoch die mangelhafte Durchführung derselben, veranlaßt durch die geringe Zahl von Inspektoren. Der Kongress fordert alle Bauarbeiter auf, ihr Recht zu wahren, auf strikte Ausführung der Gesetze zu bestehen und alle Konkurrenzfälle ohne Nachsicht in ihrem Verein zur Sprache zu bringen. Der zweite Kongress der deutschen Bauarbeiter und Berufsgenossen erklärt eine durchgreifende Arbeiterschutzgesetzung nur auf internationalem Wege möglich. Er begrüßt die durch die Kaiserlichen Erfolge angeregte Konferenz mit Freuden und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß dieselbe sich in engste Fühlung mit den Arbeiterkreisen der Welt, Rändern lebt und deren Wünsche berücksichtigt.“

Der folgende Gegenstand der Beratung betrifft die Frauenarbeit auf Bauten. Nach einer mehrheitlichen Beleuchtung der Notwendigkeit und des Werthes der Frauenarbeit wurde folgende von Herrn Berger. Berlin verfaßte Erklärung angenommen: „Der heutige Kongress erkennt in der Frauenarbeit im Allgemeinen keinen Schaden für die Menschheit. Aber wo dieselbe in Konkurrenz mit der männlichen Arbeitsträger auftritt oder die physischen Kräfte, sowie den ganzen weiblichen Organismus schädigen im Stande ist, muss sie bekämpft werden. Besonders auf Hoch, wie auf Liegebauten, sollte die Frauenarbeit vom Gelehrte verboten werden, um das Volk vor einer vollständigen Degeneration zu schützen.“

„Je tüchtiger die Organisation, je weniger Arbeits-einstellungen werden wir haben. Durch verlorene Arbeits-einstellungen aber wird die Lage der Arbeiter nicht verbessert, sondern nur verschärft.“ Hoffen wir, daß es dem Fachverein der Hamburger Maurer gelingt, eine Beilegung der gegenwärtigen Differenzen ohne Streit zu erreichen.

Über „Verkehrslokal und Arbeitsnachweis“ fand nur eine kurze Besprechung statt, welche zur Annahme folgten, der von Hamann-Hamburg eingebrachte Resolution: „Durch die Macht der Verhältnisse auf dem Gebiete des Verkehrslokalen, sowie des Arbeitsnachweises erklärt der Kongress sich geneigt, ein anderes System einzuführen, und zwar ein solches, welches in den bestehenden Verkehrsverträgen überall unter Kontrolle der dieser Berufsschule angehörenden Personen steht.“ An diese Verhandlung schloß sich eine Bekanntmachung über das Verhalten gegenüber den Bauhandwerkern. Hierbei wurden zahlreiche Berichte über die Arbeitsverhältnisse in größeren Städten Deutschlands erstattet und vielfach Arbeitsausstände in Aussicht gestellt. An mehreren Stellen soll nur noch eine bessere Organisation der Arbeitermasse abgeworben werden, um möglichst umfangreiche Arbeitsniederlagen zu können und sich auch eine kräftige Unterstützung von Seiten verschiedener Berufsgenossen zu sichern.

Herr Berger. Stettin behauptete, daß der Kastengeist unter den Maurern resp. Zimmerleuten heute noch ein so traurig sei, daß man an ein Zusammengehen sämtlicher Bauarbeiter noch nicht denken dürfe. (1) Die Folge hieron wäre gewesen, daß verschiedene Arbeits-einstellungen zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen seien. Nur das Wachstum des Solidaritätsgefühls könne derartige Nebenstände, die als ein Krebszünden der heutigen Gesellschaft bestimmt werden müssen, beseitigen. In Stettin habe man in dieser Beziehung viel erreicht und setzt an diesem Platze durch das einmütige Zusammensein der Bauarbeiter mit den Bauhandwerkern große Erfolge zu verzeichnen. Redner reicht folgende Resolution ein, die, nachdem Bengele. Celle noch lebhaft hierfür eingetreten, einstimmig zur Annahme gelangte:

„Der Kongress erkennt 1. in der Stellung, die die Bauhandwerker und Bauarbeiter heute noch einnehmen, eine Schädigung der Gesamtinteressen der gesamten gewerblichen und nicht gewerblichen Arbeiter Deutschlands und ist bestrebt, den Kastengeist aus ihrer Mitte zu bannen und an Stelle dessen die Gleichstellung aller obengenannten Arbeiter anzubringen. 2. Der Kongress erklärt sich solidarisch mit den Bauhandwerkern und beschließt, daß sämtliche Delegierte in ihren Orten dafür einzutreten, gewählt sind.“

In der Schlusssammlung des Kongresses wurde zunächst über Bestellung der bislafchen Kommissionen verhandelt und der von Hamann-Hamburg gestellte Antrag angenommen: „Angesichts der Rennnahmen von beiden traurigen Gegenseitigen der beiden Bauarbeiterorganisationen in Hamburg, welche durch die Ausführungen des Delegierten Kau zu Tage gefördert sind, spricht der hier tagende Kongress die bestimzte Erwartung aus, daß die beiden Vereine sich auf Grund des Solidaritätsgefühles wieder zu vereinigen suchen“. Hieran schloß

sich eine Diskussion über den von Herrn Knoppe-Altona gestellten Antrag: "Da nach den Ausführungen des Kollegen Knoppe innerhalb der vereinigten Stadtgebiete Altona-Döntzen zwei Vereinigungen der Bauarbeiter bestehen, spricht der Kongress den Wunsch aus, daß dieselben im Interesse der gesammelten Bauarbeiterchaft ihre Organisationen vertheidigen mögen, da sonst die Gesellschaft leicht entstehen könnte, daß das Gemeinwesen geführt werden geht". Nach Annahme hierzu einen Antrages reichte Herr v. Hintzen-Celle einen zweiten ein, es möglicherweise erfasst werden, wie die einzelnen Branchen den 1. Mai begangen haben und in welcher Weise sie in die Aktionenbewegung eingetreten sind. Nach weiteren nebenstehenden Beratungen wurde der zweite Bauarbeiterkongress geschlossen.

Eine Koalition der Unternehmer Hamburgs zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung.

Der hiesige Spritfabrikant Herr Julius Bachmann hat durch ein als "vertraulich" bezeichnetes, vom 17. April datiertes Schluß, "auf Veranlassung erster hiesiger Firmen" wie er behauptet, die Unternehmer der verschiedenen Gewerbe zu einer "vertraulichen Besprechung" auf den 21. April ins Sitzungsraum der Handelskammer eingeladen. Zweck der Besprechung sollte sein die Gründung einer Unternehmer-Koalition zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Fachvereine.

Die Notwendigkeit solch einer Gründung versuchte Herr Bachmann in dem Schluß darzulegen. Wir können es uns nicht versagen, diese Darlegung hier wortgetreu zum Abruck zu bringen:

"In meiner Stadt Deutschlands ist die Zahl der sozialdemokratischen Vereine (Fachvereine) so groß, wie in Hamburg, befagt der leste Bericht an den Reichstag über die Ausführung des Sozialforschungsgesetzes; in meiner Stadt Deutschlands sind die Erfolge dieser Vereine so groß, wie in Hamburg, weil nirgends die Arbeitgeber so schlecht organisiert sind, wie hier. Die größten Erfolge in Bezug auf Höhe der Arbeitslöhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Beschränkung der natürlichen Rechte der Arbeitgeber haben die Fachvereine der Maurer und Zimmerleute erreicht. Ihnen stand eine nicht genügende Organisation gegenüber, die hiesige 'Bauhütte'. Den Forderungen der Tischler ist man mit besserem Erfolg entgegengestritten. Die Eisenindustrie, die Gießereien, die Küppermeister usw. haben mit Erfolg gegen die betriebsvertrags eingefügt. Bei allen diesen Streiks haben wir gesehen, daß die Gesellen der einzelnen Gewerbe sich gegenseitig helfen und sonst unterstützt haben. Auf Seiten der Arbeitgeber war an ein derartiges gemeinsames Eintreten bisher nicht zu denken."

"Sieht es doch auf der Hand, daß in erster Linie die Unzufriedenheit unter den Arbeitern durch die abnormale Ungleichheit der Löhne in den einzelnen Gewerbe hier am Platze erzeugt und gefordert wird. Der Lohn der Maurer beträgt 60 & pro Stunde, der der Küppermeister 45 &, der Tischler, Böttcher u. ebensovieler, der Lohn des Gelegenheitsarbeiters 25-35 &. Beim Vergleich dieser Lohnsätze sollte man vermuten, daß der Gelegenheitsarbeiter allen Grund zum Streiken hätte, und wer streikt in diesem Jahre in Hamburg zuerst? Der Maurer, der anstatt der 60 & jetzt 70 & Stundenlohn verlangt. Und weshalb streikt der Maurer, und der Gelegenheitsarbeiter nicht? Weil Ersterer Ansicht auf Erfolg und Leidet in Voraus weiß, daß er seine traurige Lage nur durch überflüssigen Aufwand von Geld für Streitfeinde verschlechtern würde."

"Die Gründe der praktischen Erfolge der Sozialdemokratie sind: Misgunst und Neid, hervorgerufen durch die Ungleichheit der Lebensbedingungen unter den Arbeitern, durch die Verkürzung der Wohnungen derjenigen Arbeitnehmer, welche eine Wohnraumsicherung am wichtigsten haben. Es trat in Hamburg an viele Arbeitgeber derjenigen Gewerbe, welche hauptsächlich unter der auswärtigen Konkurrenz zu leiden haben, die Frage heran, ob es ihnen möglich sei, in Abetracht der erhöhten Mieten den Arbeitern eine Zulage zu gewähren. Sie müssten diese Forderung als gerecht anerkennen und konnten nichtsdestoweniger der Konkurrenz halber die Lohnherabsetzung nicht bewilligen. Dies hat hier die größte Unzufriedenheit unter den Arbeitern, auch den besten und freigiebigsten Arbeitgebern gegenüber, erzeugt."

"Wollen wir also die Tiefschläge der Sozialdemokratie, die Unzufriedenheit, schwächen, so müssen sämtliche Arbeitgeber vereint daran streben, dergl. Lohnunterschiede an unserem Platze auszugleichen und die Löhne den Verhältnissen des Platze entsprechend zu bemessen."

"Es ist daher nötig, daß Hamburg, dessen Industrie und Gewerbe besonders von der kräftigen sozialdemokratischen Agitation bedroht ist, eine Vereinigung von Arbeitgebern besteht, die sich in erster Linie mit der Ausgliederung der Löhne am Platze beschäftigen und in zweiter Linie die Konkurrenz mit anderen Städten beginnt mit dem Auslande zu berücksichtigen hätte. Eine derartige Vereinigung würde unserer Vaterstadt Hamburg zum größten Segen gereichen."

"Die bisherigen Vereinigungen der Branchen in Hamburg haben sich als zu schwach erwiesen und in jüngster Zeit sich auf die Dauer eines Jahres, im Verhältnis der Zahl der von ihm beschäftigten Arbeitnehmer, an den angewandten Kosten und zu den sonst notwendigen Maßregeln, die vom Vorstande des Vereins ergriffen werden, bezüglichen.

"Der Verein der Arbeitgeber diene im wesentlichen zur Verhinderung von Streiks. Jedes Mitglied verpflichtet sich auf die Dauer eines Jahres, im Verhältnis der Zahl der von ihm beschäftigten Arbeitnehmer, an den angewandten Kosten und zu den sonst notwendigen Maßregeln, die vom Vorstande des Vereins ergriffen werden, beizutragen.

"Sobald Vereinsmitglied hat dem Vorstande über die mit seinen Arbeitern entstandenen Lohnunterschieden münd-

lich Ausklärung zu geben, und es entscheidet der Vorstand, ob die Löhne und sonstigen Forderungen der Arbeitnehmer bewilligt werden sollen oder nicht.

"Entscheidet sich der Vorstand gegen die Arbeitnehmer, so bestimmt er Mittel und Wege, den Kampf durchzuführen, und es soll dann jeder Arbeitgeber gleichmäßig zu den etwaigen Kosten seines Streiks verhängt werden.

"An und für sich wird der Vorstand, aus ersten Bürgern unserer Stadt zusammengesetzt und unabkömmlig dastehend, einen so großen moralischen Einfluß auf Arbeitgeber wie auf Arbeitnehmer ausüben, daß es in den meisten Fällen zu einem Streik garnicht kommen wird. Kommt es aber doch dazu, so ist der Streik von den Arbeitgebern durch die moralische Unterstützung des Vorstandes schon halb gewonnen.

"Fürstlich hat Fürst Bismarck dem ihm gratulierenden Hamburger Komitee gegenüber die Neuordnung gehabt: 'Die Arbeitgeber wären schlecht daran, wenn die Arbeitgeber einmal streiken.' Es hat uns mit diesen Worten auf den Weg gewiesen, den wir zur Bekämpfung der ungerechten Forderungen der Sozialdemokratie einzuschlagen haben.

"Im habsburgischen Theil des 'Reichsanzeiger' erschien in voriger Woche ein Aufsatz: 'Sozialpolitik, Sozialreform und Sozialismus', welcher die Anstrengungen der Reichsregierung enthält; in demselben heißt es wörtlich:

"Des Weiteren bleibt die Lohnfrage und die Frage der Arbeitsdauer zu regeln übrig. Nach beiden Richtungen wird vornehmlich von den Arbeitgebern selbst das Mögliche und Erforderliche geschehen können."

So das Schlußwort des Herrn Bachmann. Aus dem ganzen Geschriebel geht hervor, daß es sich auch hier um eine Organisation der Unternehmer gegen die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeitnehmer handelt.

"Wir wollen die einzelnen Auslassungen in nächster Nummer unseres Blattes der gebührenden Kritik unterziehen.

Agitationsbericht.

Bon der Geschäftsführung der deutschen Maurer in Hamburg beauftragt, eine größere Agitation in Schlesien und den auf dem dahinterliegenden Wege belegenden Orten auszuführen, reiste ich am 6. Januar ex. von Breslau ab.

In Chemnitz sollte die erste Versammlung stattfinden; jedoch verbot die Polizeihörde, wie gewöhnlich, wenn auswärtige Referenten, welche derselbe als gefährlich erachteten, auftreten, vorher die Versammlung.

Dem Kollegen Stünzing war es ja ebenso ergangen. Im Verein zur Wahrung der Interessen der gewerblichen Arbeitnehmer Dresden konnte ich unbestandet sprechen. Leider war der Besuch ein schwacher. Besser war es in Görlitz. Dasselbst fand eine gut besuchte Versammlung statt.

Auch in Hirschberg war die Versammlung trotz ungünstiger Witterung lediglich besucht und vom guten Geiste besetzt. Von 260 im vorhergehenden Sommer daselbst arbeitenden Kollegen waren 188 organisiert. Trotzdem daselbst eigentlich 10 stündige Arbeitszeit eingeschürt, arbeiteten die Kollegen aber 11 Stunden. Die erste Stunde gilt als Überstunde. Der Lohn pro Stunde beträgt 20-25 &.

Die Kollegen in Lauban werden noch einer mehrfachen Unterstüzung und Aufmunterung bedürfen, ehe sie sich zu einer Organisation entschließen werden.

Eine gutebesuchte Versammlung hielt ich in Görlitz ab. Es wurde beschlossen, einen Vorvortrag zu gründen und zu diesem Zwecke eine Kommission beauftragt, Ausarbeitung der Statuten gewählt. Der Lohn beträgt pro Stunde 17-20 & bei 10 stündiger Arbeitszeit.

Überstunden und Sonntagsarbeit bei gleichem Lohn sind Regel. Ebenso Alltagsarbeit.

In Lauban habe ich mich einer Kollege, welcher in Leipzig gearbeitet hatte und auch wieder dahin gehen wollte, bereit, eine Versammlung einzuberufen, zu welcher ich nochmals dahin kommen wollte. Leider wurde mir, nachdem ich fort war, per Post eine abgesagte Witterung zugesandt. Die Arbeitszeit dauerte dort 11 Stunden bei 25 & Lohn pro Stunde. Überstunden bei demselben Lohn sind Regel.

Als ich nach Waldeburg kam, ward mir die Mitteilung, daß es nicht möglich gewesen, eine Versammlung einzuberufen. Dennoch wurde es bewertet, einige Tage später eine solche abzuhalten, weshalb ich nochmals dorthin kam.

Von Beginn an waren verschiedene Besucher der Ansicht, es werde zu einer Auslösung kommen; dennoch gelang es mit meinem Referat zu Ende zu führen. Als dann aber der Vorsteher erklärte, einen freiwilligen Beitrag zur Deckung der Vorlasten einzugeben, zu wollen, löste die der Versammlung persönlich übermachende Herr Bürgermeister dieselbe auf. Ein bei meiner Rückreise unternommener Versuch, am Ort eine Organisation zu schaffen, scheiterte an Polizeiverweigerung. Dennoch wird daselbst eine Organisation geschaffen werden. Die Arbeitszeit dauert 11 Stunden bei 20-25 & Stundenlohn.

Ebenso sind die Löhne und Arbeitsverhältnisse in Görlitz, woselbst es mir wenigstens gelang, etwas Fühlung zu finden.

Wie in Lauban war es auch in Waldeburg und Strehlen.

In Ohlau hatte der Kollege, an den ich mich gewandt, keine Versammlung einberufen, weil er für seine Person Nachtheile vermuhte. Von anderer Seite wurde mir jedoch erklärt, daß es so, wie bisher, nicht vor gehen könne, es müsse eine Organisation geschaffen werden. Arbeitszeit 11 Stunden bei 17-22 & Stundenlohn.

Nach Brieg hatte ich ebenfalls vorher Nachricht erhalten; jedoch dasselbe Ergebnis, wie in Ohlau. Der Kollege, dem ich geschrieben, zog es vor, sich vor mir nicht sehen zu lassen; trotzdem fand ich ihn mit Hilfe eines Anderen in einer Destillation. Er bezog sich als Parlier 25 & Stundenlohn und verschwindet durch diese Verhinderung von der Bildfläche. Durch meine Vermittlungen gelang es, eine Versammlung für

Bauhandwerker zu Stande zu bringen, welche acht Tage später stattfand, deren Ergebnis die Gründung einer Organisation für Bauhandwerker war. Die Arbeitsverhältnisse sind wie in Ohlau.

Hier war die leste Versammlung bis Breslau, obwohl der Geist unter den dortigen Kollegen nicht zu unterschätzen ist. Versammlungen waren mehrfach angedeutet und auch befreitlich bescheinigt, aber die Wirths wurden beeinflußt, ihre Lokale nicht herauszugeben, selbst da, wo der Wirth sich schriftlich verpflichtet hatte, wie d. B. in Ratibor, ward das Lokal verweigert.

Versammlungen waren weiter einberufen in Böwitz und Brieskow; aber in letzter Minute wurden noch die Lokale abgetrieben. In letzterem Orte besteht ein Fachverein, der im Herbst v. J. durch einen Kollegen, der einige Zeit in Hamburg-Altona gearbeitet hat, gegründet worden ist. Der Verein zählt 38 Mitglieder.

Hinter jeder Versammlung, welche angemeldet wurde, witterte man eine Wahlagitierung. Auch mangelt es nicht an polizeilichen Aufmerksamkeiten.

Ich besuchte der Reihe folge nach Grottkau, Nossen, Oppeln, Dambrau und Umgegend, Cottbus, Oberglogau und Umgegend, Neustadt, Brieskow, Brandenburg, Bielefeld, Kattowitz und Umgegend, Deutsch Neustadt, Ratibor, Rybnik, Pleß, Kattowitz, Beuthen, Tarnow, Kreuzburg, Namslau und Oels. Obwohl größtenteils ohne oder im Besitz mangelhafter Arbeitszeit, gelang es an den meisten Orten, Verbindungen anzuknüpfen und diente für eine spätere Agitation eine große Erleichterung.

Die Versammlungen waren weiter einberufen in Böwitz und Brieskow; aber in letzter Minute wurden noch die Lokale abgetrieben.

Hinter jeder Versammlung, welche angemeldet wurde, witterte man eine Wahlagitierung.

Es mögen hieran anschließend noch einige Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse folgen:

Oberglogau und Umgegend, 12-13 Stunden Arbeitszeit, Lohn M. 1.60-1.80 pro Tag.

Brieskow und Umgegend, Arbeitszeit 12 Stunden;

Lohn M. 1.50-2.00 pro Tag.

Ratibor und Umgegend, 12 Stunden Arbeitszeit; M. 1.80-2.00 Lohn pro Tag.

Ratibor, Arbeitszeit von früh 1/6 bis Mittags 12 Uhr, (1/2 Stunde Frühstückspause); von Mittags 1 bis Abends 7 Uhr (ohne Besprunze), Lohn M. 1.50-1.80 pro Tag. Pausarbeiten meistens in Aufford, wobei der Mehrverdienst bei größter Anstrengung 20-30 & pro Tag beträgt.

Kattowitz, Arbeitszeit 12 Stunden; Lohn M. 2.60-2.80 pro Tag.

Beuthen. Desgleichen; Pausarbeit im Aufford per Meter 13-15 & Lohn.

Oels. Arbeitszeit 12 Stunden; Lohn 20-22 & pro Stunde. Auffordarbeit gibt es nur dann, wenn der Meister mit seinem Kontrakt nicht seine Rechnung findet. So hatte ein Meister, um seinem Arbeitern die Arbeit zusammen zu lassen, d. h. o. d. in Mauerwerk mit M. 1.70 zu liefern übernommen, wobei er darauf gerechnet hatte, diese Arbeit den Maurern in Aufford aufzuhauen. Er hatte sich aber verrednet, die Maurer gingen nicht darauf ein. Ein deutlicher Beweis, wie man sich leicht bemüht, alle Last den Arbeitern aufzuhören.

In Breslau fand eine gut besuchte Bauhandwerkerversammlung statt.

Dr. Engels war der Kollege, an den ich geschrieben, nicht ausfindig zu machen, trotzdem ist aber auch mein Brief nicht zurückgekommen!

In Gaujau sollte ebenfalls eine Versammlung stattfinden, es war jedoch kein Lokal zu erlangen. In Bünzlau war keine Versammlung einberufen, die nahe bevorstehende Reichstagswahl hatte die Kollegen zu sehr in Anspruch genommen.

Dass diese Agitation keine vergebliche war, davon bin ich fest überzeugt. Die Kollegen allerorts haben den besten Willen, einzutreten, um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen; aber größtenteils mug die Bevölkerung, die ihnen noch möglich ist, vorher gelassen werden, dann wird es auch möglich sein, vorwärts zu kommen.

Hoffen wir auf guten Erfolg! 2. Februar.

Anzeigen.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeitnehmer im Elsass der Thüringen. Eine Petition, nebst Denkschrift, betr. das Koalitionsrecht und seine genügende Sicherstellung, gerichtet an den deutschen Reichstag und den Regierungen der deutschen Bundesstaaten sowie dem Bundesrat zur Kenntnahme übermittelt. Im Antrage des Kongresses der Maurer Deutschlands herausgegeben, von der Agitationstomission derselben.

Verlag von A. Bitter, Hamburg, 1889.

Die Broschüre enthält gar viel des Lehreichen; sie behandelt die Koalitionsrechtsfrage so gründlich nach allen Seiten hin, wie gründlicher kaum möglich sein dürfte auf einem verhältnismäßig knappen Raum.

Bestellungen sind zu richten an die Expedition des "Grundstein", J. Stäning, Große Theaterstraße 44, erste Etage, Hamburg.

Die erste und älteste
Quittungsmarken-Fabrik
von Jean Holze,
in Hamburg, Gr. Dresdnerstr. 45,
hält sich allen Krankenhaus- und Vereinen
befreis empfohlen.
Verein. portofrei.

Print von F. W. Diep, Hamburg.